

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

## **Sitzungsvorlage**

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### **TOP 3:**

#### **Neuwahl zweiter Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden**

##### **Sachverhalt:**

Michael Quast schied zum 31.03.2018 aus dem Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Schönenberg und damit auch aus der Verbandsversammlung aus. Bürgermeister Quast begleitete bis dahin das Amt des zweiten Stellvertreters des Verbandsvorsitzenden. Dadurch ist eine Neuwahl dieses Postens nötig.

Verbandsvorsitzender Schelshorn und der erste Stellvertreter Lais schlagen für dieses Amt den zweitdienstältesten Bürgermeister des Gemeindeverwaltungsverbandes, den Bürgermeister der Gemeinde Böllen, Bruno Kiefer, als zweiten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden vor.

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Verbandsversammlung wählt Bürgermeister Bruno Kiefer (Böllen) zum zweiten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Schelshorn

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

## **Sitzungsvorlage**

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### **TOP 4:**

#### **Änderung des Flächennutzungsplans – Flächen für Windenergieanlagen:**

- Behandlung über die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB**
- Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur Durchführung der Offenlage gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB**

### **Sachverhalt:**

Am 15.12.2016 beschloss die Verbandsversammlung den Flächennutzungsplan „Flächen für Windenergieanlagen“ vom 25.03.1999 sowie die erste Änderung vom 16.10.2002 und die zweite Änderung vom 26.07.2004 dieses Flächennutzungsplans nach § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern.

Der Entwurf des Erläuterungsberichts in der Fassung vom 15.12.2016 wurde gebilligt.

Beschlossen wurde auch, dass die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer Informationsveranstaltung durchgeführt wird.

Diese Informationsveranstaltung fand am 09.02.2017 im Bürgersaal in Schönau im Schwarzwald statt, bei der es Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung gab.

Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Äußerungen sind in der beigefügten Zusammenfassung, mit den jeweiligen Beschlussvorschlägen der Verwaltung dazu, dargestellt.

Die Planung wurde unter Berücksichtigung der vorgebrachten Stellungnahmen und den zugehörigen Beschlussvorschlägen der Verwaltung fortgeschrieben.

### **Beschlussvorschlag:**

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen gemäß beiliegender Zusammenstellung im Planentwurf berücksichtigt.

Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung mit Umweltbericht in der Fassung vom 19.07.2018 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Gleichzeitig werden die Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB im Rahmen der Offenlage entsprechend beteiligt.

**Rechtslage:**

Gemäß Verbandssatzung erfüllt der Verband anstelle der Mitgliedsgemeinden die vorbereitende Bauleitplanung (Flächennutzungsplan).

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Steinebrunner

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
aus der frühzeitigen Beteiligung**

Seite 1 von 14 Seiten

<b>Nr.</b>	<b>Stellungnahmen von</b>	<b>Beschlussvorschlag</b>
A	Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange .....	2
A.1	Landratsamt Lörrach – Umwelt .....	2
A.2	Landratsamt Lörrach – Baurecht.....	4
A.3	Landratsamt Lörrach – Landwirtschaft und Naturschutz .....	5
A.4	Landratsamt Lörrach – Waldwirtschaft.....	5
A.5	Landratsamt Lörrach – Flurneuordnung.....	5
A.6	Landratsamt Lörrach – Straßen .....	5
A.7	Landratsamt Lörrach – Verkehr.....	5
A.8	Landratsamt Lörrach – Gesundheit.....	5
A.9	Landratsamt Lörrach – Strukturpolitik und Tourismus .....	5
A.10	Landratsamt Lörrach – Planungen, Anregungen, Bedenken, Hinweise .....	6
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Belange der Raumordnung .....	6
A.12	Regierungspräsidium Freiburg – Belange der Forstwirtschaft .....	7
A.13	Regierungspräsidium Freiburg – Belange des Naturschutzes.....	7
A.14	Regierungspräsidium Freiburg – Straßenplanung und Straßenwesen .....	7
A.15	Regierungspräsidium Freiburg – LGRB .....	8
A.16	Regionalverband Hochrhein-Bodensee .....	9
A.17	Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee .....	10
A.18	Elektrizitätswerke Schönau Netze GmbH .....	10
A.19	Gemeindeverwaltungsverband St.Blasien .....	11
A.20	Gemeinde Bernau im Schwarzwald .....	11
A.21	Stadt Todtnau .....	11
A.22	Gemeinde Häg-Ehrsberg.....	11
A.23	Stadt Zell im Wiesental.....	11
B	Behörden und Träger öffentlicher Belange ohne Stellungnahme .....	11
C	Weitere Stellungnahmen und Äußerungen .....	12
C.1	Bürgerinitiative „Kein Windrad über Herrenschwand“ .....	13

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 2 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
-----	--------------------	--------------------

**A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE**

<b>A.1 LANDRATSAMT LÖRRACH – UMWELT</b> (gemeinsames Schreiben aller Fachbereiche vom 15.02.2017 )		
<b>A.1.1 Abwasserbeseitigung</b> Es bestehen keine Anregungen und Bedenken.	Kenntnisnahme	
<b>A.1.2 Wasserversorgung / Grundwasser-schutz</b> Im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau befinden sich Wasserschutzgebiete. Es gelten die für die Wasserschutzgebiete aufgestellten Schutzbestimmungen der entsprechenden Rechtsverordnungen. Bauarbeiten, einschl. der Energieableitung, die Wasserschutzgebiete tangieren sind rechtzeitig, spätestens im immissionsschutzrechtlichen Verfahren, mit dem Umweltamt abzustimmen.	Kenntnisnahme	
<b>A.1.3 Oberflächengewässer</b> Was die Belange der Oberflächengewässer betrifft, so müssen im Außenbereich die Gewässerrandstreifen von 10 m ab Oberkante Uferböschung eingehalten werden. Ansonsten sind die Belange des Gewässerschutzes vom Vorhaben nicht berührt	Kenntnisnahme, muss bei einem eventuellen Bau einer Windkraftanlage im Genehmigungsverfahren beachtet werden.	
<b>A.1.4 Altlasten / Bodenschutz</b> <i>Boden:</i> Zur fachlichen Bewertung des Schutzgutes Boden bildet das Bundes-Bodenschutzgesetz die Grundlage. Eine besondere Bedeutung kommt den natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion des Bodens zu. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen dieser Funktionen so weit wie möglich vermieden werden (vgl. §1 BBodSchG). Durch die Planung wird eine teilweise Versiegelung der Böden vorbereitet. Bodenversiegelung führt immer zu erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden, weil sämtliche Bodenfunktionen verloren gehen (Vollversiegelung) bzw. beeinträchtigt werden (Teilversiegelung, Geländemodellierungen, Kabelverlegungen). Aus bodenschutzfachlicher Sicht sind die besondere Schutzwürdigkeit der betroffenen Böden und der Verlust der Bodenfunktionen durch Versiegelung in der Umweltprüfung zu berücksichtigen. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sollte in Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde trotz Überplanung eine weitest mögliche Begrenzung unvermeidbarer Beeinträchtigungen der schutzwürdigen Böden im Plangebiet angestrebt werden. Dieses könnte in diesem Fall durch Nutzung bereits versiegelter Flächen, Hinweis zum bodenschonenden Bauen (z.B. verbindliche Ausweisung von Baustraßen im Baustelleneinrichtungsplan) sowie bauzeitliche Minderungsmaßnahmen (z.B. witterungsabhängiger Bauablauf) erfolgen.  <i>Altlasten:</i> Im Gemeindeverwaltungsverband liegen Flächen, welche im Bodenschutz- und Altlastenkataster des Landkreises Lörrach eingetragen sind. Baumaßnahmen auf diesen Flächen sind in der Regel mit Auflagen verbunden. Karten mit Abgrenzungen der Flächen können zur Verfügung gestellt werden.	Kenntnisnahme, muss bei einem eventuellen Bau einer Windkraftanlage im Genehmigungsverfahren beachtet werden.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 3 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1.5	<b>Immissionsschutz</b> Bzgl. des Immissionsschutzes bestehen keine Anregungen oder Bedenken. Wenn Standorte von möglichen Windkraftanlagen festgelegt sind, erfolgt die detaillierte Betrachtung der Belange des Menschen im späteren immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme. Die Situation die sich aus der Änderung des Flächennutzungsplans ergibt wird korrekt dargestellt.

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 4 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A 2</b>	<b>Baurecht</b>	
	<p>a) Die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplans bzw. die Aufhebung der beiden Konzentrationszonen für Windenergieanlagen am Ittenschwander Horn und Bubshorn wird erforderlich, da mit diesen beiden Bereichen der Windkraft im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbandes Schöna u substantiell nicht ausreichend Raum gegeben wird. Die beiden festgelegten Standorte weisen teilweise keine ausreichende Windhöffigkeit i. S. d. Windenergieerlasses auf bzw. liegen außerhalb windhöffigerer Bereiche. Es besteht somit eine städtebauliche Erforderlichkeit zur Änderung des Flächennutzungsplanes nach § 1 Abs. 3 BauGB bzw. nach den Vorgaben des Windenergieerlasses, wonach der Windkraft substantiell Raum einzuräumen ist. Diesem Erfordernis kommt der Gemeindeverwaltungsverband mit der beabsichtigten Änderung des Flächennutzungsplanes nach.</p> <p>b) Der Änderung des Flächennutzungsplans ist eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB (Umweltbericht) beizufügen (§ 5 Abs. 5 BauGB). Das Plangebiet ist im Hinblick auf die Flächen zu untersuchen, auf denen potentiell Windkraftanlagen zulässig sind. Im Umweltbericht sind daher insbesondere zu den Flächen, auf denen künftig die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht (u.a. ausgehend vom Kriterium der Windhöffigkeit) möglich erscheint, Aussagen zu den Umwelteinwirkungen aufgrund vorliegender Informationen (u.a. Schutzgebiete) und den jeweiligen Besonderheiten – auch unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung und des Landesentwicklungsplanes – zu treffen. Auch sollte auf den aktuellen Zustand im Zeitraum des Planänderungsverfahrens eingegangen werden.</p> <p>c) Im Erläuterungsbericht ist auf Seite 2 mit § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB nicht die richtige Norm zitiert. Es muss § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB heißen. Durch die Festlegungen der beiden Windkraftstandorte im aktuellen Flächennutzungsplan liegt ein windkraftsteuernder Flächennutzungsplan nach dieser Norm vor.</p> <p>d) Auf das Abstimmungsgebot von Bauleitplänen benachbarter Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB wird verwiesen.</p> <p>e) Im Hinblick auf die Prüftiefe des Umweltberichts und der Anforderungen, die an die Aufhebung eines alten Windkraft-FNP gestellt werden, wird auf den Protokollauszug der Kompetenzzentren Energie mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (jetzt Wirtschaftsministerium) vom 26.03.2013 verwiesen.</p>	<p>a) Kenntnisnahme (unsere Sicht der Dinge wird bestätigt)</p> <p>b) Es wird ein Umweltbericht erstellt.</p> <p>Im Erläuterungsbericht wird auf die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und des LEP eingegangen. Beim Regionalplan wird auf den derzeitigen Planstand eingegangen.</p> <p>c) Die Anregung ist korrekt. Der Erläuterungsbericht wird entsprechend geändert.</p> <p>d) Die benachbarten Gemeinden werden am Verfahren beteiligt.</p> <p>e) Protokollauszug: <i>Mit der Aufhebung werden keine Windkraftstandorte ausgewiesen, sondern der Außenbereich für privilegierte Windenergieanlagen „freigegeben“. Entgegenstehende rechtliche Hindernisse und öffentliche Belange werden im Einzelfall im Genehmigungsverfahren geprüft. Anders als bei einer Planung mit Ausschlusswirkung muss auch nicht festgestellt werden, dass sich die Windkraftnutzung an bestimmten Standorten tatsächlich und rechtlich realisieren lässt. Im Falle der Aufhebung eines Wind-FNP können vor allem diejenigen Außenbereichsflächen von Umweltauswirkungen betroffen sein, die seither mit Ausschlusswirkung belegt waren und auf denen die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich rechtlich und tatsächlich (im Hinblick auf die Windhöffigkeit) möglich ist.</i></p> <p>Nach diesen Vorgaben sind wir vorgegangen.</p>

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 5 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A.3</b>	<b>LANDRATSAMT LÖRRACH – Landwirtschaft und Naturschutz</b>	
A.3.1	<b>Ausgleichsleistungen &amp; Agrarstruktur</b> Aus agrarstruktureller Sicht bestehen keine Bedenken oder Anregungen	Kenntnisnahme
A.3.2	<b>Naturschutz</b> Es wird auf den Auszug (letzten 2 Absätze) Ziffer 2.4 des Protokolls der Kompetenzzentren Energie mit dem MVI vom 26.03.2013 verwiesen. Weitere Ergänzungen hat die Untere Naturschutzbehörde nicht. Sobald der Umweltbericht vorliegt kann eine fachliche Stellungnahme abgegeben werden.	Stellungnahme wie beim Fachbereich Baurecht.
<b>A.4</b>	<b>Waldwirtschaft</b> Aus Sicht der unteren Forstbehörde bestehen gegenüber der geplanten Änderung bzw. Aufhebung des Teilflächennutzungsplanes Windenergie keine Bedenken. Nach Ansicht der unteren Forstbehörde sollte die Umweltprüfung auch die forstlichen Belange berücksichtigen. Dies betrifft vor allem die potenziellen Standorte im Wald sowie die Zuwegung und die Kabeltrasse die durch Waldgebiete führen. Weiterhin sollte die Umweltprüfung auch den Aspekt „Auerhuhn“ berücksichtigen. Sobald mögliche Standorte von Windkraftanlagen festgelegt sind, erfolgt eine detaillierte Betrachtung der forstlichen Belange im eigenständigen Waldumwandlungsverfahren.	Die Aspekte „Auerhuhn“ und „Erholungswald“ sind im Umweltbericht dargestellt. Alle anderen waldwirtschaftlichen Belange müssen bei einem eventuellen Bau einer Windkraftanlage im Genehmigungsverfahren beachtet werden.
<b>A.5</b>	<b>Flurneuordnung</b> Aus flurneuordnerischer Sicht werden keine Bedenken und Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren erübrigt sich.	Kenntnisnahme
<b>A.6</b>	<b>Straßen</b> Der Fachbereich Straßen sieht hier keine unmittelbare Betroffenheit der Belange des Fachbereichs.	Kenntnisnahme
<b>A.7</b>	<b>Verkehr</b> In den vorgelegten Unterlagen ist keine Änderung für den Verkehr dargestellt. Aus verkehrsrechtlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken.	Kenntnisnahme
<b>A.8</b>	<b>Gesundheit</b> Zum jetzigen Zeitpunkt bestehen keine Anregungen.	Kenntnisnahme
<b>A.9</b>	<b>Strukturpolitik &amp; Tourismus</b> Aus strukturpolitischer und touristischer Sicht bestehen keine Bedenken. Es wird davon ausgegangen, dass die Anzahl der zu planenden und wirtschaftlich zu betreibenden Anlagen nicht den gesamten unmittelbaren touristischen Bewegungsraum dominieren wird.	Kenntnisnahme. Die Änderung beinhaltet nicht die Planung von Anlagenstandorten.



## Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 6 von 14 Seiten

[illegible]

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung**

Seite 7 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A.12</b>	<p><b>Belange der Forstwirtschaft</b>            (Fachstellungnahme der Abt. 8 –            Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg – vom 06.02.2017)</p> <p>Der aktuell geltende Flächennutzungsplan des GVV Schöna u im Schwarzwald weist zwei Vorranggebiete für Windenergienutzung innerhalb Wald aus. Diese Vorranggebiete sollen nun herausgenommen und die Außenbereichsprivilegierung nach § 35 BauGB im gesamten Geltungsbereich des Flächennutzungsplans wieder hergestellt werden.</p> <p>Aus forstrechtlicher-/forstfachlicher Sicht bestehen gegenüber der vorgesehenen Änderung des Flächennutzungsplans keine Bedenken. Bzgl. der angedachten Umweltprüfung im Zuge des Änderungsverfahrens werden unsererseits keine Ansprüche an Umfang und Detaillierungsgrad gestellt. Die untere Forstbehörde beim Landratsamt Lörrach sowie der ForstBW-Fachbereich Tü 81 (Forstrecht, Nebennutzungen und Jagd) erhalten Nachricht hiervon.</p>	Kenntnisnahme
<b>A.13</b>	<p><b>Belange des Naturschutzes</b>            (gemeinsame Fachstellungnahme der Ref. 55 und 56 – Naturschutz, Recht und Naturschutz und Landschaftspflege – vom 20.01.2017)</p> <p>Der GVV Schöna u beabsichtigt die Änderung des Teilflächennutzungsplans Windkraft. In diesem Fall geht es um die Aufhebung eines FNPs, um die Ausschlusswirkung zu beseitigen und die Außenbereichsprivilegierung von Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im gesamten Geltungsbereich des FNPs wieder herzustellen. Wir benötigen zur Beurteilung einen kurzen Umweltbericht sowie eine überschlägige artenschutzrechtliche Einschätzung zu den windkraftsensiblen Vogelarten für die für Windenergienutzung geeigneten Bereiche im GVV.</p>	Wird im Umweltbericht abgearbeitet.
<b>A.14</b>	<p><b>Straßenplanung und Straßenwesen</b>            (Fachstellungnahme der Abt. 4 – Straßenwesen und Verkehr – vom 06.02.2017)</p> <p>Die Abteilung 4 nimmt zu den Belangen Planungs- und Ausbauabsichten für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg als Träger der Straßenbaulast der klassifizierten Bundes- und Landesstraßen im Plangebiet Stellung.</p> <p>In diesem Verfahrensstand werden keine konkreten Projekte und Flächen für Windenergieanlagen genannt. Bei der Konkretisierung der einzelnen Planungen bitten wir um weitere Beteiligung.</p> <p>Konkrete Bedenken oder Anregungen können in diesem Verfahrensstand durch uns nicht geäußert werden. Erneute und konkrete Prüfungen erfolgen einzelfallbezogen im Rahmen der Bauleit- oder Bauplanung.</p> <p>Vorsorglich weisen wir auf die gesetzlichen Regelungen zum Anbau an klassifizierte Straßen und (im Zusammenhang mit ggf. anstehenden Erschließungsfragen) auf die gesetzlichen Regelungen zum Sondernutzungs- und Straßen- bzw. Fernstraßenkreuzungsrecht hin.</p>	Kenntnisnahme

## Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Seite 8 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.15	<p><b>Belange des LGRB</b>  (Fachstellungnahme der Abt. 9 – LGRB – vom 08.02.2017)  Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.</p> <p><b>Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, sowie beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können gibt es keine.</b></p> <p><b>Hinweise, Anregungen oder Bedenken</b>  <b>Grundsätzliches</b>  Zu den Planungsgebieten für Windkraftanlagen sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.  Die Belange von Hydrogeologie und Rohstoffgeologie werden erst im konkreten Einzelfall des BImSchG-Genehmigungsverfahrens geprüft.  Ingenieurgeologische Belange werden erst im Rahmen konkreter Planungen näher geprüft. Eine Bearbeitung von Übersichtsplanungen findet nicht statt.</p> <p><b>Grundwasser</b>  Aus hydrogeologischer Sicht ist dort für die konkreten Standorte zu prüfen, ob durch Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden Wasser gefährdende Stoffe eingesetzt (insbesondere Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett und Transformatorenöl). Von daher ist für die konkreten Standorte auch sicher zu stellen, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität kommt.</p> <p><b>Ingenieurgeologie</b>  Für die konkreten Standorte neuer Windkraftanlagen werden objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997 unter besonderer Berücksichtigung der dynamischen Belastung empfohlen.  Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass  - Rutschgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen u. U. unmöglich machen können.  - In den Verbreitungsbereichen verkarsteter Karbonat- und/oder Sulfatgesteine erhöhte Baugrundrisiken für Windkraftanlagen bestehen.  Bedingt durch die Überdeckung mit quartären Lockergesteinen sind Verkarstungserscheinungen an der Erdoberfläche ohne weitere Untersuchungen u. U. nicht erkennbar.  Ein erster Überblick kann aus dem vorhandenen Geologischen Kartenwerk des LGRB und ggf. dem hochauflösenden Digitalen Geländemodell des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) entnommen werden. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - ggf. gebührenpflichtiger - Registrierung, unter <a href="http://geogefahren.lgrb-bw.de/">http://geogefahren.lgrb-bw.de/</a> abgerufen werden.</p>	<p>Kennntnisnahme</p> <p>Nachrichtliche Übernahme</p>

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung**

Seite 9 von 14 Seiten

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>Zu A.15</b>	<p><i>Fortsetzung</i></p> <p><b>Rohstoffgeologie</b></p> <p>Zur Standortsuche für Windkraftanlagen durch Träger der Regionalplanung und Kommunen hat das LGRB einen digitalen Geodaten-Dienst mit landesweiten roh-stoffgeologischen Planungsgrundlagen für diesen Nutzerkreis entgeltfrei bereitgestellt. Dieser Geodaten-Dienst ermöglicht eine rasche Übersicht über die Lage von erkannten wirtschaftlich bedeutsamen Rohstoffvorkommen in einer Online-Kartenanwendung auf der LGRB-Homepage oder als WMS-Dienst.</p> <p>Um diese Daten nutzen zu können, ist die Anforderung des Zugangs im LGRB-Online-Shop  <a href="http://lgrb-bw.de/informationssysteme/geoanwendungen/rohstoffvorkommen">http://lgrb-bw.de/informationssysteme/geoanwendungen/rohstoffvorkommen</a>) erforderlich. Zugangsdaten und den Link zur Online-Kartenanwendung werden danach per E-Mail übermittelt. Sofern die Zugangsdaten an einen Dienstleister weitergegeben werden sollen, ist eine Verpflichtungserklärung vom Dienstleister auszufüllen und an das LGRB zurück zu schicken. Sofern die Informationen als WMS-Dienst genutzt werden sollen, ist zuvor eine Kontaktaufnahme mit dem LGRB erforderlich.</p> <p><b>Bergbau</b></p> <p>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p> <p>Es ist zu berücksichtigen, dass zur Untersuchung potentieller Einwirkungen unterirdischer Hohlräume auf die Tagesoberfläche vor dem Bau von Windkraftanlagen und deren Infrastruktur aufgrund des umfangreichen und nicht vollständig dokumentierten</p> <p>Altbergbaus im Verbandsgebiet standortbezogene Recherchen und ggf. Baugrunduntersuchungen erforderlich sind.</p> <p><b>Geotopschutz</b></p> <p>Für Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes verweisen wir auf unser Geotop Kataster, welches im Internet unter der Adresse <a href="http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope">http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope</a> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	Nachrichtliche Übernahme
<b>A.16</b>	<p><b>Regionalverband Hochrhein-Bodensee</b></p> <p>(Fax vom 17.02.2017)</p> <p>Es werden keine Anregungen vorgetragen.</p>	Kenntnisnahme

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung**  
 Seiten

Seite 10 von 14

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A.17</b>	<p><b>Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee</b>            (Mail vom 17.02.2017)            Haben keine Bedenken und bringen Anregungen vor.            Begründung:            Mit der Änderung des Flächennutzungsplans möchte der Gemeindeverwaltungsverband Schönau nun erneut der Stromerzeugung aus Windkraft mehr Raum geben und hat uns daher um eine entsprechende Stellungnahme zum Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gebeten. Dieser Aufforderung kommen wir gerne nach.            Der Ausbau erneuerbarer Energien gibt wichtige Impulse für die Wirtschaft und erhöht die Wertschöpfung in der Region Hochrhein-Bodensee. Dies gilt auch und gerade für Investitionen in Windkraftanlagen. Eine nachhaltige Entwicklung in der Region setzt die angemessene Nutzung aller erneuerbaren Energien voraus. Windenergie kann in unserer Region einen maßgeblichen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung leisten. Die Besonderheit, dass in unserer Region der Südschwarzwald eine international begehrte Ferien- und Erholungslandschaft sowie einzigartige Naturlandschaft darstellt, ist bei der Nutzung der Windkraft grundsätzlich in die Beurteilung mit ein zu beziehen.            Windkraftanlagen müssen dort eingesetzt werden, wo ihre größten Vorteile liegen und die Konfliktpotenziale gering sind.            Für das Gelingen des Vorhabens ist eine ausgewogene Einschätzung und Berücksichtigung der jeweiligen standortbezogenen tourismus-, artenschutz- und anderen umweltspezifischen Auswirkungen unabdingbar, ebenso die realistische Einschätzung der Anlagen-Wirtschaftlichkeit (Kostendarlegung). Die negativen Erfahrungen am Ittenschwander Horn sollten daher unbedingt in die neue Planung einfließen. Die Fachgutachten der LUBW zum Thema, die Bachelorarbeit von 2011 „Ermittlung von Kosten-Potential-Kurven für Windenergie in Baden-Württemberg“, die LUBW-Checkliste „Antragsunterlagen für Windkraftanlagen könnten evtl. für das weitere Antragsverfahren hilfreich sein.            Da vor allem im Bereich Naturschutz und Tourismus große Konfliktpotenziale bestehen, könnte es ferner zielführend sein, in die weiteren Planungen „von Anfang an“ die betroffenen Behörden/Initiativen mit einzubeziehen, möglicherweise bietet auch die Broschüre „Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg“ (2014) als Anregung.             Anmerkung:            Im Vorhabengebiet sind unsererseits keine Planungen oder andere Maßnahmen eingeleitet oder in Zukunft angedacht.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Abwägung zwischen den einzelnen Gütern ist Teil des Bauleitplanprozesses.</p> <p>Bei der Änderung des Flächennutzungsplans geht es nicht darum konkrete Standorte zu finden. Die Anregungen der IHK werden daher nur nachrichtlich für eine eventuelle spätere Planung übernommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
<b>A.18</b>	<p><b>Elektrizitätswerke Schönau Netze GmbH</b>            (Schreiben vom 22.02.2017)            Es werden keine Anregungen vorgetragen.            Wir möchten Ihnen mitteilen, dass wir als zuständiges Energieversorgungsunternehmen keine Einwände bzw. Anmerkungen zur genannten Änderung des Flächennutzungsplans haben.            Wir möchten Sie jedoch bitten, uns als zuständiges Energieversorgungsunternehmen bei eventuellen Planungen frühzeitig zu unterrichten.</p>	Kenntnisnahme

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
aus der frühzeitigen Beteiligung**  
Seiten

Seite 11 von 14

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A.19</b>	<b>Gemeindeverwaltungsverband St.Blasien</b> <i>(Schreiben vom 14.03.2017)</i> Seitens des Gemeindeverwaltungsverbandes St. Blasien werden gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau zur Herausnahme von Vorranggebieten für Windenergieanlagen keine Einwendungen erhoben..	Kenntnisnahme
<b>A.20</b>	<b>Gemeinde Bernau im Schwarzwald</b> <i>(Schreiben vom 06.02.2017)</i> Nachdem durch die geplante Ausweisung von Windkraftstandorten im Bereich „Ittenschwander Horn“ und „Bubshorn“ direkte Belange der Gemeinde Bernau -abgesehen von der Tatsache, dass derartige Windkraftanlagen von hoch gelegenen Punkten auf Gemarkung Bernau sichtbar sind- nicht nachteilig tangiert werden, verzichtet die Gemeinde auf eine Stellungnahme und eine Beteiligung am weiteren Verfahren. Es werden keine Anregungen vorgetragen.	Kenntnisnahme
<b>A.21</b>	<b>Stadt Todtnau</b> <i>(Schreiben vom 07.02.2017)</i> Der Gemeinderat nimmt die Änderung des Flächennutzungsplans zustimmend zur Kenntnis. Eine weitere Beteiligung als Nachbargemeinde, sollten konkrete Anträge auf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung an unserer Gemarkungsgrenze vorliegen, wird gewünscht. Planungen oder sonstige Maßnahmen im gesamten Geltungsbereich unseres Flächennutzungsplans sind nicht vorhanden.	Kenntnisnahme
<b>A.22</b>	<b>Gemeinde Hög-Ehrsberg</b> <i>(Schreiben vom 14.03.2017)</i> Der Gemeinderat der Gemeinde Hög-Ehrsberg hat in seiner öffentlichen Sitzung am 13.03.2017 darüber beraten und beschlossen, der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes nicht zuzustimmen, da durch die Aufhebung der ausgewiesenen Vorranggebiete ein nicht gewünschter Wildwuchs von Anlagen ermöglicht wird. Wir bitten um Kenntnisnahme und bedanken uns für die gewährte Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme.	Kenntnisnahme  Eine Zustimmung ist nicht erforderlich. Da fast sämtliche windhöflichen Flächen in Kommunalbesitz sind, wird ein Wildwuchs von Anlagen nicht erwartet.
<b>A.23</b>	<b>Stadt Zell im Wiesental</b> <i>(Schreiben vom 21.02.2017)</i> Hat die geplante Änderung zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme

**B BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE OHNE STELLUNGNAHME**

Am Verfahren wurden noch folgende Träger öffentlicher Belange beteiligt, ohne dass eine Stellungnahme einging:

- EnergieDienst GmbH
- Gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung der Landkreise Lörrach und Waldshut
- Gemeinde Kleines Wiesental
- Verwaltungsgemeinschaft Münstertal
- Gemeinde Todtmoos

<b>Nr.</b>	<b>Stellungnahmen von</b>	<b>Beschlussvorschlag</b>
------------	---------------------------	---------------------------

## **C WEITERE STELLUNGNAHMEN UND ÄUßERUNGEN**

Seitens der Bürger des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald gingen keine Stellungnahmen ein.

Bei der Infoveranstaltung am 09.02.2017 übergab die Bürgerinitiative „Kein Windrad über Herrenschwand“ eine Stellungnahme.

Weitere Stellungnahmen oder Äußerungen gingen nicht ein.

**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung**  
 Seiten

Seite 13 von 14

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>C.1</b>	<p><b>Bürgerinitiative „Kein Windrad über Herrenschwand“</b>  <i>(Schreiben vom 07.02.2017)</i></p> <p>1. Das gegenwärtige Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans hat die Verbandsversammlung auf Antrag der Gemeinde Fröhnd beschlossen. Der Gemeinderat wurde in der Sitzung am 14.09.2016 durch den Geschäftsmann Markowsky erneut auf sein Vorhaben eingestimmt, „den Windkraftstandort Hochgescheid fortzuentwickeln“. Die Bürgermeisterin sprach von einem möglichen substantiellen Beitrag zum Gemeindehaushalt und zeigte sich überzeugt von der weiterhin großen Akzeptanz in der Bevölkerung. Drei Gemeinderäte stimmten für den Vorschlag, drei Gemeinderäte dagegen; die Stimme der Bürgermeisterin gab den Ausschlag für den knappen Mehrheitsbeschluss, da zwei Gemeinderäte in der Sitzung fehlten.</p> <p>Soweit bekannt, wurden die ernst zu nehmenden Bedenken und Besorgnisse der unmittelbar betroffenen Herrenschwander Bevölkerung entweder nicht erwähnt oder heruntergespielt und die konkreten Entwicklungsziele für den Hochgescheid nicht offengelegt. Die Bürgermeisterin verschwieg, dass bei der im Jahr 2013 durchgeführten Bürgerbefragung in Fröhnd die Mehrheit sich gegen den Standort Hochgescheid ausgesprochen hatte und im Gemeinderat auch damals nur durch ihre Stimme eine Mehrheit für diesen Standort zustande gekommen war. Von den im gesamten Verbandsgebiet Befragten hatten nur 28 % für einen WEA-Standort Hochgescheid gestimmt. Vor diesem Hintergrund befremdet es, dass der Gemeindeverwaltungsverband gleichwohl bereit ist, die Hürde des geltenden Flächennutzungsplans gegen die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem Hochgescheid auszuräumen, obgleich — zumindest aktuell — keine sachliche Notwendigkeit für den Gemeindeverwaltungsverband besteht.</p> <p>2. a) Im Erläuterungsbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans wird behauptet, durch sie werde vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele der Bundes- und Landesregierung der gewünschten Privilegierung von Windkraftanlagen wieder ausreichend Rechnung getragen. Dies vermittelt einen völlig falschen Eindruck:        Richtig ist insoweit: Bereits seit 1997 ist bundesrechtlich geregelt, dass Windenergieanlagen auch im Außenbereich errichtet werden dürfen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, und dass dies in der Regel der Fall ist, wenn im Flächennutzungsplan Flächen für Windkraftanlagen an anderer Stelle ausgewiesen sind. Der Bundesgesetzgeber räumt damit ausdrücklich den kommunalen Trägern der Flächennutzungsplanung das Recht ein, die Entwicklung von Windkraftstandorten in ihrem Gebiet planerisch zu steuern. Dieser Planungshoheit sollte der Gemeindeverwaltungsverband sich nicht dadurch entziehen, dass er jegliche WEA-Standortplanung aufgibt. Er sollte sich vielmehr seiner Verantwortung stellen — im Interesse der Bevölkerung und zum Schutz von Natur und Landschaft. Sollte er zu der Einschätzung kommen, dass die bisher ausgewiesenen Flächen den von der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen nicht genügen, so wäre die Flächenausweisung von WEA-Standorten weiter zu entwickeln, aber nicht einfach einzustellen.</p>	<p>Der GVV Schönau ist frei in seiner Entscheidung einen Flächennutzungsplan aufzustellen oder zu ändern.</p> <p>Es gibt sehr wohl eine sachliche Notwendigkeit zur Änderung des Flächennutzungsplans, da mit der bisherigen Planung der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft wird.</p> <p>Die Flächenausweisung von Flächen für Windenergieanlagen ist mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand verbunden, wobei der Ausgang ungewiss ist. Der GVV ist frei in seiner Entscheidung, ob er diesen Weg gehen will. Dazu werden im Erläuterungsbericht unter Punkt 4 Aussagen gemacht.</p> <p>Auch bei einem Verfahren außerhalb der Flächennutzungsplanung sind die einschlägigen Gesetze zum Schutz des Menschen, der Natur und der Landschaft einzuhalten.</p>



**Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
 aus der frühzeitigen Beteiligung**  
 Seiten

Seite 14 von 14

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>C.1</b>	<i>Fortsetzung</i>	
	<p>b) Irreführend ist der vermittelte Eindruck, dass der Verzicht auf WEA-Flächen im Flächennutzungsplan im Gemeindeverwaltungsverband Schönau keinen „Wildwuchs“ von Anlagen erwarten lasse, weil fast alle in Betracht kommenden Flächen sich in kommunalem Besitz befinden. Gemeindeverwaltungsverbände erfüllen die Flächennutzungsplanung als eigene Aufgabe und erledigen damit nicht lediglich Aufgaben ihrer Mitgliedsgemeinden. Nur so kann großräumig für das gesamte Verbandsgebiet ein in sich schlüssiges Entwicklungskonzept erstellt werden. Für die Ausweisung von WEA-Standorten in der hochsensiblen Schwarzwaldlandschaft des GW Schönau ist dies in besonderer Weise geboten. Der Verband hat es in der Hand, mit einer abwägenden Planung Ausschlussgebiete für Windenergieanlagen zu sichern, auch gegen im Einzelfall einseitige Begehrlichkeiten einer Mitgliedsgemeinde oder gegen den Druck und die Versprechungen Dritter. Der Verband kann so nicht nur dem „Wildwuchs“ entgegenwirken, sondern auch die „Verspargelung“ der Landschaft in Grenzen halten. Dies gilt umso mehr, wenn es die technische Entwicklung ermöglichen sollte, gigantische Windenergieanlagen auch an weniger windhöffigen Standorten noch wirtschaftlich zu betreiben, die nicht im kommunalen Eigentum stehen.</p> <p>c) Die Flächennutzungsplanung ist weitaus besser geeignet, die Belange der Bürger zu schützen, als dies im Genehmigungsverfahren für konkret geplante Anlagen ohne Flächennutzungsplan möglich ist: Das Verfahren für die Flächennutzungsplanung zeichnet sich aus durch eine breite Bürgerbeteiligung. Der Entscheidungsgang ist transparent und die Abwägungs-Gesichtspunkte sind jedermann zugänglich. Das Verfahren ist deshalb geeignet, bei der Bevölkerung Akzeptanz zu finden. Hingegen ist das Genehmigungsverfahren ein Verfahren zwischen Antragsteller und Genehmigungsbehörde; private Dritte sind nur beteiligt, soweit sie die Verletzung von eigenen Rechten geltend machen können, und haben nur begrenzten Zugang zu den Verfahrensunterlagen. Insbesondere in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen finden regelmäßig Besprechungen und Verhandlungen zwischen Antragsteller und Genehmigungsbehörde statt, an denen Dritte nicht beteiligt sind. Inwieweit Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, hängt in erheblichem Umfang vom guten Willen des Antragstellers ab. Auch in der Sache kann im Rahmen der Flächennutzungsplanung für die Bürger ein größerer Schutz erreicht werden, als dies im Genehmigungsverfahren möglich ist. So bestimmt sich zum Beispiel im Genehmigungsverfahren der erforderliche Abstand der geplanten Anlage zur Wohnbebauung danach, dass in der TA-Lärm festgelegte Lärmpegel nicht überschritten werden; im Flächennutzungsplan sind darüber hinaus im Rahmen des planerischen Gestaltungsspielraums auch Vorsorgeerwägungen zulässig, die zu größeren Abständen zwischen WEA-Standorten und der Wohnbebauung führen können. Ähnliches gilt für Vorsorgeabstände zu Schutzgebieten oder im Bereich des Artenschutzes.</p> <p>3. Der angestellte Vergleich mit der derzeitigen Situation in der Nachbarstadt Todtnau geht fehl, denn anders als der Gemeindeverwaltungsverband Schönau ist die Stadt Todtnau nicht nur Träger der Flächennutzungsplanung, sondern zugleich kommunaler Grundstückseigentümer.</p>	<p>Der GVV Schönau sieht seine Mitgliedsgemeinden als ausreichende Sachwalter der Interessen Mensch, Natur und Landschaft.</p> <p>Da fast sämtliche windhöffigen Flächen in kommunalem Besitz sind wird die Gefahr eines „Wildwuchses“ nicht gesehen.</p> <p>Der Flächennutzungsplan bietet eine breite Plattform für die Bürgerbeteiligung. Ein Rechtsanspruch auf ein Flächennutzungsplanverfahren besteht aber nicht. Der Bundesgesetzgeber hat Windenergieanlagen im Außenbereich ausdrücklich als privilegiert.</p> <p>Auch bei einem Verfahren außerhalb der Flächennutzungsplanung sind die einschlägigen Gesetze zum Schutz des Menschen, der Natur und der Landschaft einzuhalten.</p> <p>Der Vergleich geht nicht fehl, da Todtnau in seinem Flächennutzungsplan keine Vorranggebiete ausgewiesen hat.</p>

# **Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald**

mit der Stadt  
und den Gemeinden

**Schönau im Schwarzwald  
Aitern  
Böllen  
Fröhnd  
Schönenberg  
Tunau  
Utzenfeld  
Wembach  
Wieden**

## **Änderung des Flächennutzungsplans**

**- Flächen für Windenergieanlagen -**

## **Erläuterungsbericht (*Entwurf*)**

**Stand: 19.07.2018**

**Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald  
- Bauamt -**

## 1. Allgemeines

Der derzeitige Flächennutzungsplan wurde am 1. August 1998 vom Landratsamt Lörrach genehmigt und durch die öffentliche Bekanntmachung am 29. August 1998 wirksam.

## 2. Historie des Flächennutzungsplans – Windenergieanlagen

### Zeitraum 1998 -2004

Anlass zur Änderung des Flächennutzungsplans – Flächen für Windenergieanlagen - war die Änderung des Baugesetzbuchs (BauGB) zum 01.01.1997. Danach gehören Windenergieanlagen zu den im Außenbereich privilegiert zulässigen Vorhaben (§ 35 BauGB).

Öffentliche Belange dürfen dem Vorhaben jedoch nicht entgegenstehen.

Gemäß Baugesetzbuch stehen einer Windenergieanlage dann öffentliche Belange entgegen, wenn durch Darstellung im Flächennutzungsplan eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist (§ 35 Abs.3 Satz 3).

Der GVV hat den Flächennutzungsplan daraufhin geändert. Die Wirksamkeit der Fortschreibung bzgl. Windenergie wurde am 25.03.1999 beschlossen.

In der jetzt aktuellen Version (Wirksamkeitsbeschluss vom 26.07.2004) ist eine maximale Gesamthöhe von 122,0 m festgelegt. Hintergrund für diese Festlegung waren die geplanten Anlagen auf dem Ittenschwander Horn mit einer Nabenhöhe 86,02 m und einem Rotordurchmesser von 70,0 m.

Grundlage der Standortuntersuchungen im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau war die „Standortstudie für Windkraftnutzungen im Regierungspräsidium Freiburg“ herausgegeben vom Regierungspräsidium Freiburg (1996).

### Systematik der Standortvorauswahl:

Untersucht wurden nur Bereiche in denen nach dem Solar- und Windenergieatlas der Landesanstalt für Umweltschutz eine mittlere Mindestwindgeschwindigkeit von mind. 3,0 - 3,5 m/sec. ( Jahresmittel ) herrscht.

Diese Positivbereiche mit einem ausreichend erscheinenden Winddargebot wurden dann um folgende Tabubereiche verkleinert:

- 500 m Abstand zu Siedlungen
- 300 m Abstand zu Einzelgehöften
- Naturschutzgebiete und -denkmale
- Auerwildbiotope
- Erholungswald Stufe I + II
- Erholungsschwerpunkte
- 24a Biotope und Waldbiotope

Die Untersuchung ergab folgende möglichen Standorte:

1. - Höhenrücken zwischen Ungendwieden und Rütte auf Gemarkung Wieden
2. - Roßboden auf den Gemarkungen Tunau und Utzenfeld
3. - Gscheidkopf auf Gemarkung Fröhnd
4. - Bubshorn auf Gemarkung Fröhnd
5. - Ittenschwander Horn und Dachseck auf Gemarkung Fröhnd
6. - Zeiger, Silbereck auf Gemarkung Böllen

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gingen überwiegend positive Stellungnahmen zu der geplanten Flächennutzungsplanänderung ein. Schwerwiegende Bedenken gab es eigentlich nur wegen des Landschaftsbilds. Auf Anregung des Regierungspräsidiums Freiburg fand am 14.10.1998 eine Behördenrunde im Rathaus Schönau statt.

Aufgrund der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange verblieben nur noch die Bereiche Ittenschwander Horn und Bubshorn als mögliche Windkraftanlagenstandorte, da nur diese beiden Standorte mit technischen Bauwerken vorbelastet waren. Die anderen Standorte hätten keine Aussicht auf Genehmigung gehabt.

### **Zeitraum ab 2004**

Die Zuständigkeit von regional bedeutsamen Windkraftanlagen ging auf die Regionalverbände über. Regional bedeutsam waren alle Anlagen mit einer Nabenhöhe über 50 m bzw. ab einer Anzahl von mindestens 3 Windrädern. Anlagen in dieser Größenordnung durften nur noch in den festgelegten Vorranggebieten gebaut werden, da die Vorranggebiete gleichzeitig eine Ausschlusswirkung für andere Standorte haben.

Nach einer erneuten Änderung des Landesplanungsgesetzes fiel die ausschließende Wirkung des Regionalplans weg und die Planungshoheit lag wieder beim GVV Schönau.

Am 19.04.2012 hat der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald vor dem Hintergrund dieser Novelle den Änderungsbeschluss gefasst und die Verwaltung beauftragt auf der Grundlage des Windenergieatlas, des Windenergieerlasses und der weiteren relevanten Aspekte mögliche Standorte auf dem Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands zu suchen.

Die Ergebnisse dieses Suchverfahrens wurden der Bevölkerung in einer Informationsveranstaltung am 12.09.2013 dargestellt.

Anlässlich der Bundestagswahl am 22.09.2013 wurde die Meinung der Bevölkerung zu den einzelnen Standorten abgefragt und die Ergebnisse am 27.09.2013 im Schönauer Anzeiger veröffentlicht.

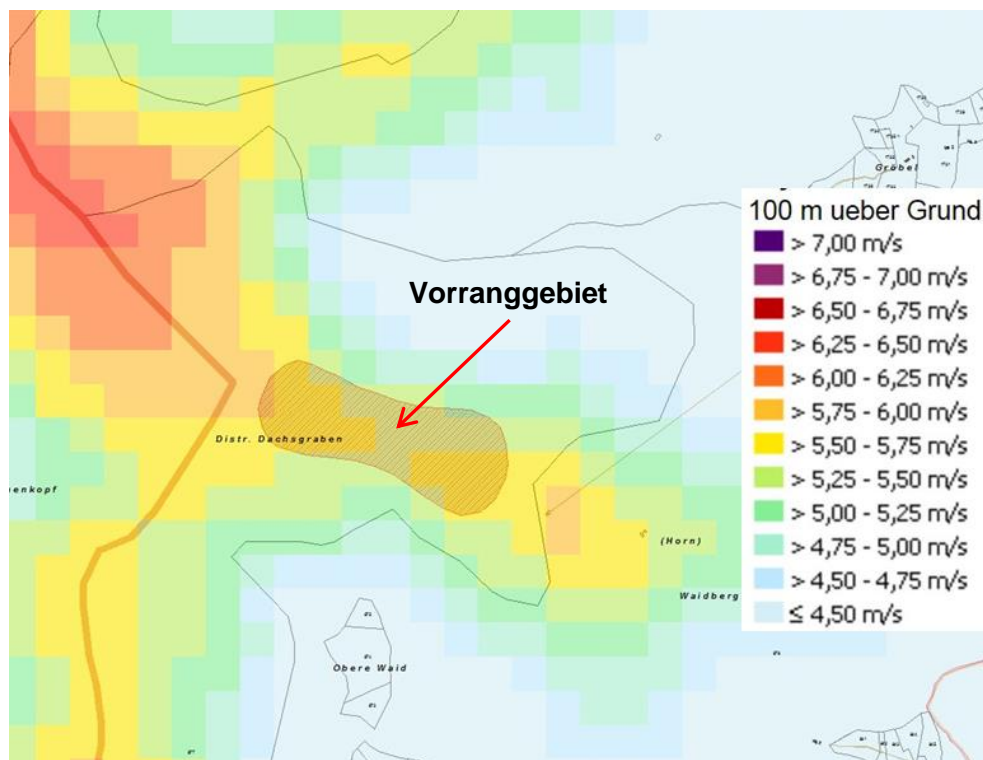
Das Flächennutzungsplanverfahren wurde seither nicht weitergeführt.

### **3. Betrachtung der bestehenden Vorranggebiete**

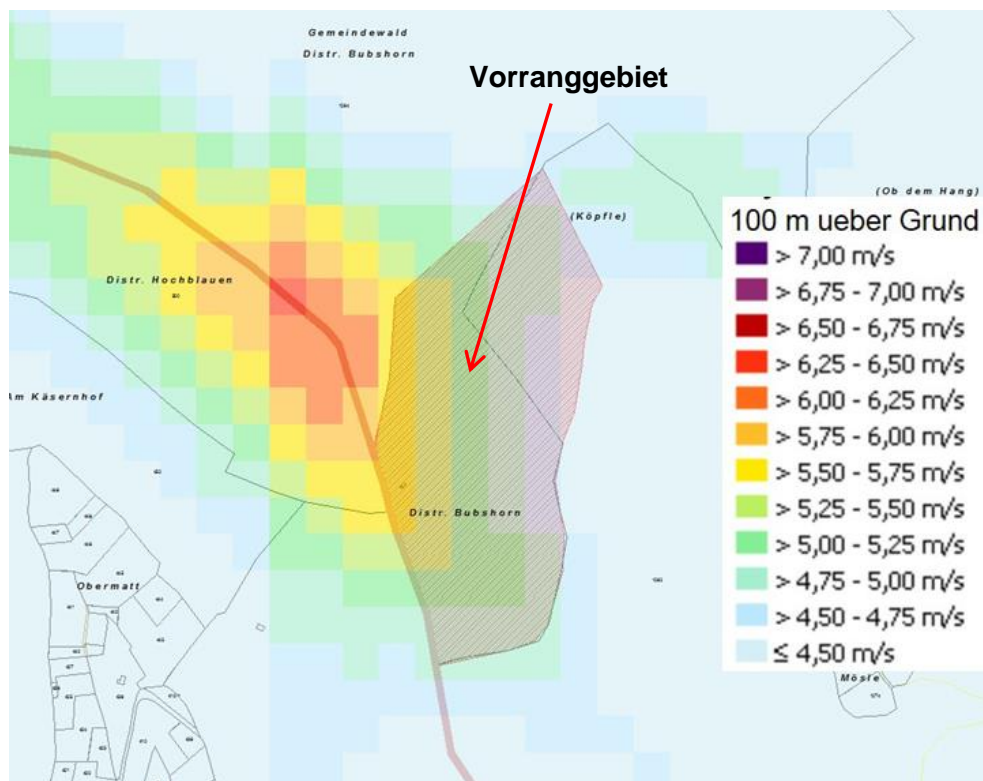
Die Frage, ob ein Standort aus wirtschaftlicher Sicht Sinn macht lässt sich anhand der Karten der Windgeschwindigkeiten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) gut abschätzen.

Aufgrund unserer Höhenbeschränkung im Flächennutzungsplan werden hierfür die Windgeschwindigkeiten 100 m über Grund genommen.

Sitzung der Verbandsversammlung  
**Standort „Ittenschwander Horn“**



**Standort „Bubshorn“**



Das Ergebnis dieser Betrachtung ist eindeutig. Die festgelegten Flächen liegen deutlich außerhalb der eigentlich windhöffigeren Bereiche und lassen einen wirtschaftlichen Betrieb nicht oder nur eingeschränkt zu. Dafür spricht auch der bereits erfolgte Abbau einer Windkraftanlage am Standort Ittenschwander Horn. Der Stromerzeugung aus Windkraft wird substantiell zu wenig Raum geboten.

#### **4. Weiteres Vorgehen**

Mit Hilfe des Flächennutzungsplans darf keine Verhinderungsplanung betrieben werden. Eine Möglichkeit wäre den 2012 gefassten Änderungsbeschluss weiterzuführen. Wegen des hohen finanziellen Aufwands in Verbindung mit dem ungewissen Ausgang soll dieses Verfahren jedoch nicht weitergeführt werden. Der Flächennutzungsplan „Flächen für Windenergieanlagen“ wird deswegen geändert.

#### **5. Gegenstand der Änderung**

Gegenstand der Änderung ist der Flächennutzungsplan „Flächen für Windenergieanlagen“ vom 25.03.1999, sowie die erste Änderung vom 16.10.2002 und die zweite Änderung vom 26.07.2004 dieses Flächennutzungsplans.

Die genannten Daten entsprechen den Wirksamkeitsbeschlüssen der Verbandsversammlung.

Die in den oben genannten Verfahren festgelegten Vorrangflächen werden herausgenommen und die Außenbereichsprivilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im gesamten Geltungsbereich des Flächennutzungsplans wieder hergestellt.

#### **6. Verfahren**

- Änderungsbeschluss, Billigung des Änderungsentwurfs
- Beschluss über die Form der vorgezogenen Bürgerbeteiligung
- Anhörung der betroffenen Träger öffentlicher Belange
- Vorgezogene Bürgerbeteiligung
- Behandlung der eingegangenen Äußerungen bzw. Stellungnahmen
- Auslegungsbeschluss
- Öffentliche Auslegung
- Behandlung der Bedenken und Anregungen
- Wirksamkeitsbeschluss der Änderung Flächennutzungsplans „Flächen für Windenergieanlagen“

## 7. Umweltbelange

Im bisherigen Erläuterungsbericht wurden die Umweltbelange wie folgt behandelt:

### 5. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

*Art und Ausmaß der mit der Umsetzung der Flächennutzungsplanänderung verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft werden im weiteren Verfahren ausgelotet.*

*Die erforderlichen Ausgleichs- und Eingriffsmaßnahmen ( § 8a BNatSchG ) werden im verbindlichen Bauleitplan ( Bebauungsplan o .ä.) abgehandelt.*

*Die positiven Auswirkungen der Windenergienutzung auf den Naturhaushalt sind nach der VwV Windenergie des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums dabei zu berücksichtigen.*

Damals wurde kein Umweltbericht erstellt, es wurde auf die zur Realisierung einer Windkraftanlage erforderlichen Untersuchungen verwiesen.

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung durchzuführen.

Da auch nach dieser Änderung des Flächennutzungsplans „Flächen für Windenergieanlagen“ mit einem dann möglichen Antrag auf Genehmigung einer Windkraftanlage nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz innerhalb des Verbandsgebiets alle relevanten Aspekte (Abstandregeln, Lärmschutz, Naturschutz, Artenschutz etc.) vom Vorhabenträger abarbeiten zu wären, werden jetzt lediglich überschlägige Betrachtungen angestellt. Dazu wird ein Umweltbericht erstellt, der Teil dieser Änderung der Flächennutzungsplanung wird.

## 8. Landesentwicklungsplan und Regionalplan

### Landesentwicklungsplan

Im Plansatz 4.2.5 fordert der LEP ausdrücklich die Stärkung regenerativer Energie, wie z.B. der Windkraft.

Im Plansatz 4.2.7 wird auf die Standortwahl von Windenergieanlagen eingegangen. Bei dieser Änderung des Flächennutzungsplans wird jedoch keine Standortauswahl getroffen.

### Regionalplan

Durch die 2012 beschlossene Änderung des Landesplanungsgesetzes wurden die gebietsbezogenen Festlegungen der Regionalpläne zur räumlichen Steuerung der Windkraftnutzung zum 01.01.2013 aufgehoben. Die Regionalverbände können keine Ausschlussgebiete mehr für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festlegen, sondern nur noch Vorranggebiete festlegen.

Am 6. Dezember 2011 hat die Verbandsversammlung das Verfahren zur 2. Teilfortschreibung des Regionalplans 2000 – Windenergienutzung eingeleitet.

Im 1. Anhörungsentwurf vom 15. Juli 2014 ist das Vorranggebiet 03 „Zeller Blauen“.

Dieses Vorranggebiet erstreckt sich auch auf das Gebiet des Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald. Die vom Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald geplante Aufhebung der Vorranggebiete kommt damit der Regionalplanung entgegen.

## 9. Schlussbetrachtung

Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele der Bundes- und Landesregierung wird der gewünschten Privilegierung von Windkraftanlagen nach dieser Änderung wieder ausreichend Rechnung getragen. Ein „Wildwuchs“ von Anlagen wird nicht erwartet da fast sämtliche windhöffigen Flächen in denen ein wirtschaftlicher Betrieb möglich wäre sich in kommunalem Besitz befinden.

Dies entspricht auch der derzeitigen Situation in der Nachbarstadt Todtnau. Auch dort wären nach derzeitigem Planungsrecht Windkraftanlagen entlang der Grenzen zu unseren Mitgliedsgemeinden machbar.

## 10. Hinweise

Vorbemerkung zu den Hinweisen: Die Hinweise beziehen sich zum Teil auf konkrete Standortplanungen, die hier jedoch nicht vorgenommen werden.

### **Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau:**

#### **Grundwasser**

Aus hydrogeologischer Sicht ist dort für die konkreten Standorte zu prüfen, ob durch Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden Wasser gefährdende Stoffe eingesetzt (insbesondere Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett und Transformatorenöl). Von daher ist für die konkreten Standorte auch sicher zu stellen, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität kommt.

#### **Ingenieurgeologie**

Für die konkreten Standorte neuer Windkraftanlagen werden objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997 unter besonderer Berücksichtigung der dynamischen Belastung empfohlen.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass

- Rutschgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen u. U. unmöglich machen können.
- In den Verbreitungsbereichen verkarsteter Karbonat- und/oder Sulfatgesteine erhöhte Baugrundrisiken für Windkraftanlagen bestehen. Bedingt durch die Überdeckung mit quartären Lockergesteinen sind Verkarstungserscheinungen an der Erdoberfläche ohne weitere Untersuchungen u. U. nicht erkennbar.

Ein erster Überblick kann aus dem vorhandenen Geologischen Kartenwerk des LGRB und ggf. dem hochauflösenden Digitalen Geländemodell des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) entnommen werden. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - ggf. gebührenpflichtiger - Registrierung, unter <http://geogefahren.lgrb-bw.de/> abgerufen werden.

#### **Rohstoffgeologie**

Zur Standortsuche für Windkraftanlagen durch Träger der Regionalplanung und Kommunen hat das LGRB einen digitalen Geodaten-Dienst mit landesweiten roh-stoffgeologischen Planungsgrundlagen für diesen Nutzerkreis entgeltfrei bereitgestellt. Dieser Geodaten-Dienst ermöglicht eine rasche Übersicht über die Lage von erkannten wirtschaftlich bedeutsamen Rohstoffvorkommen in einer Online-Kartenanwendung auf der LGRB-Homepage oder als WMS-Dienst.

Um diese Daten nutzen zu können, ist die Anforderung des Zugangs im LGRB-Online-Shop (<http://lgrb-bw.de/informationssysteme/geoanwendungen/rohstoffvorkommen>) erforderlich.

Zugangsdaten und den Link zur Online-Kartenanwendung werden danach per E-Mail übermittelt.

Sofern die Zugangsdaten an einen Dienstleister weitergegeben werden sollen, ist eine Verpflichtungserklärung vom Dienstleister auszufüllen und an das LGRB zurück zu schicken. Sofern die Informationen als WMS-Dienst genutzt werden sollen, ist zuvor eine Kontaktaufnahme mit dem LGRB erforderlich.

#### **Bergbau**

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.



#### *Sitzung der Verbandsversammlung*

Es ist zu berücksichtigen, dass zur Untersuchung potentieller Einwirkungen unterirdischer Hohlräume auf die Tagesoberfläche vor dem Bau von Windkraftanlagen und deren Infrastruktur aufgrund des umfangreichen und nicht vollständig dokumentierten Altbergbaus im Verbandsgebiet standortbezogene Recherchen und ggf. Baugrunduntersuchungen erforderlich sind.

#### **Geotopschutz**

Für Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes verweisen wir auf unser Geotop Kataster, welches im Internet unter der Adresse <http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.

#### **Industrie und Handelskammer:**

Windkraftanlagen müssen dort eingesetzt werden, wo ihre größten Vorteile liegen und die Konfliktpotenziale gering sind.

Für das Gelingen des Vorhabens ist eine ausgewogene Einschätzung und Berücksichtigung der jeweiligen standortbezogenen tourismus-, artenschutz- und anderen umweltspezifischen Auswirkungen unabdingbar, ebenso die realistische Einschätzung der Anlagen-Wirtschaftlichkeit (Kostendarlegung). Die negativen Erfahrungen am Ittenschwander Horn sollten daher unbedingt in die neue Planung einfließen. Die Fachgutachten der LUBW zum Thema, die Bachelorarbeit von 2011 „Ermittlung von Kosten-Potential-Kurven für Windenergie in Baden-Württemberg“, die LUBW-Checkliste „Antragsunterlagen für Windkraftanlagen könnten evtl. für das weitere Antragsverfahren hilfreich sein.

Da vor allem im Bereich Naturschutz und Tourismus große Konfliktpotenziale bestehen, könnte es ferner zielführend sein, in die weiteren Planungen „von Anfang an“ die betroffenen Behörden/Initiativen mit einzubeziehen, möglicherweise bietet auch die Broschüre „Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg“ (2014) als Anregung.

## **11. Anhang**

Dem Erläuterungsbericht ist ein Umweltbericht beigelegt.

---

Bearbeitet durch:                      Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald  
   Bauamt  
   Dipl.Ing. (FH) Klaus Steinebrunner

---

Schönau im Schwarzwald, den 19.07.2018

---

Peter Schelshorn  
Vorsitzender des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald

---

# **Umweltbericht**

## **zur Änderung des Flächennutzungsplans**

### **- Flächen für Windenergieanlagen -**

**Stand: 19.07.2018**

**Gemeindeverwaltungsverband Schöna im Schwarzwald**  
**- Bauamt -**

Seite 1 von 4 Seiten

## **1. Anlass**

Bei der Änderung eines Flächennutzungsplans gelten grundsätzlich die gleichen Vorschriften wie bei der Aufstellung. Allerdings müssen im vorliegenden Fall nicht die gleichen Prüfungen und (z.B. artenschutzrechtlichen) Untersuchungen durchgeführt werden wie bei der Aufstellung eines solchen Plans. Mit der geplanten Änderung des Flächennutzungsplans werden keine Windkraftstandorte ausgewiesen, sondern der Außenbereich für privilegierte Windenergieanlagen „freigegeben“. Entgegenstehende rechtliche Hindernisse und öffentliche Belange werden im Einzelfall im Genehmigungsverfahren geprüft. Anders als bei einer Planung mit Ausschlusswirkung muss auch nicht festgestellt werden, dass sich die Windkraftnutzung an bestimmten Standorten tatsächlich und rechtlich realisieren lässt. Wie bei jedem Bauleitplan muss allerdings gem. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt werden.

## **2. Betroffenheit**

Im vorliegenden Fall können vor allem diejenigen Außenbereichsflächen von Umweltauswirkungen betroffen sein, die seither mit Ausschlusswirkung belegt waren und auf denen die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich rechtlich und tatsächlich (im Hinblick auf die Windhöffigkeit) möglich ist.

Im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald sind vor allem die Höhenzüge außerhalb der Naturschutzgebiete (Tabuflächen) betroffen.

Diese sind in einer Karte im Anhang dargestellt.

Zu nennen sind drei größere Gebiete:

1. Höhenrücken vom Zeller Blauen kommend ab Gemarkungsgrenze Fröhnd bis zum Hau auf Gemarkung Böllen.
2. Höhenrücken oberhalb des Wiedener Ecks auf Gemarkung Wieden bis zum Knöpflesbrunnen auf Gemarkung Utzenfeld.
3. Höhenrücken vom Hochgscheid nach Westen auf Gemarkung Fröhnd.

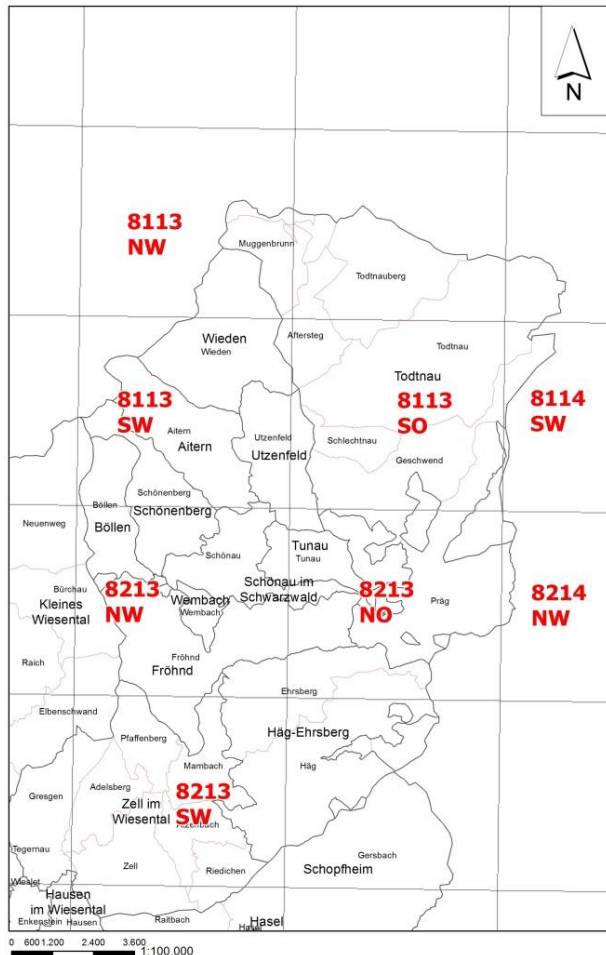
In diesem Umweltbericht werden die einzelnen Aspekte anhand der Lage im Raum betrachtet.

Dabei wird meist Bezug auf die TK-25-Quadranten genommen.

Betroffen sind folgende Quadranten

- 8113 NW
- 8113 SW
- 8113 SO
- 8114 SW \*
- 8213 NW
- 8213 SW
- 8213 NO
- 8214 NW \*

\* In diesen beiden Quadranten liegen die Flächen innerhalb eines Naturschutzgebiets



### 3. Umweltauswirkungen

Die den Menschen betreffenden Aspekte werden in diesem Umweltbericht nicht betrachtet, da ja keine konkreten Standorte ausgewiesen werden. Diese Aspekte müssen im konkreten Fall, wenn eine Windkraftanlage gebaut werden soll, geprüft werden.

Folgende Themen werden überschlägig betrachtet:

- Windkraftempfindliche Vogelarten
- Wildkatzen
- Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans
- Erholungswald

Diese Betrachtungen sind in den beigefügten Karten dargestellt und sind zudem in einer Übersicht dargestellt.

Quellen:

Daten- und Kartendienst der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg - LUBW  
Geodaten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg - FVA

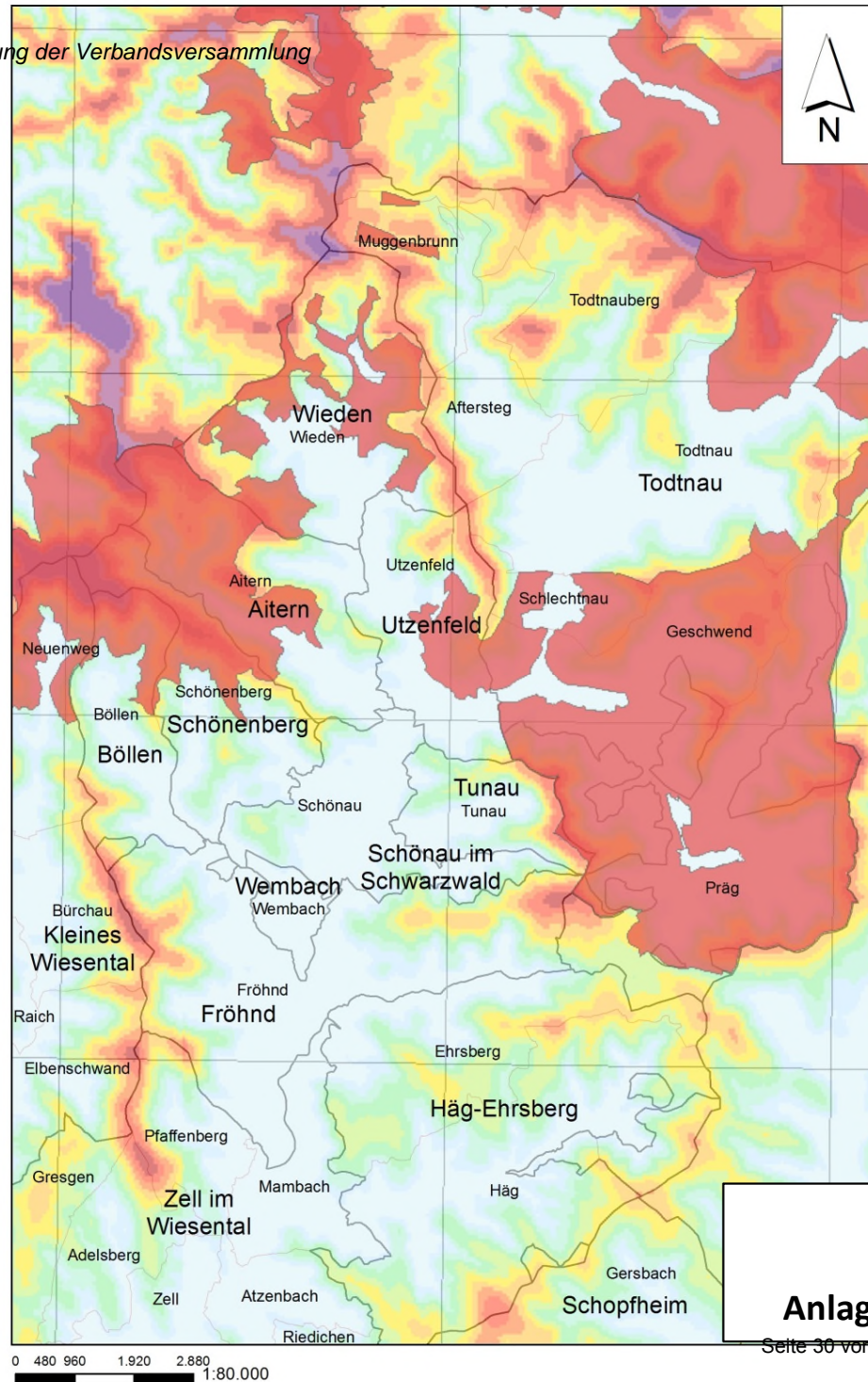
- Anlage 01 – Betroffene Flächen (im Hinblick auf die Windhöffigkeit)
- Anlage 02 – Tabellarische Übersicht
- Anlage 03 – Rotmilan
- Anlage 04 – Wanderfalke
- Anlage 05 – Nordfledermaus
- Anlage 06 – Wasserfledermaus
- Anlage 07 – Wimperfledermaus
- Anlage 08 – Fransenfledermaus
- Anlage 09 – Kleiner Abendsegler
- Anlage 10 – Zwergfledermaus
- Anlage 11 – Braunes Langohr
- Anlage 12 – Zweifarbenfledermaus
- Anlage 13 – Windkraft und Auerhuhn
- Anlage 14 – Generalwildwegeplan

---

Bearbeitet durch:

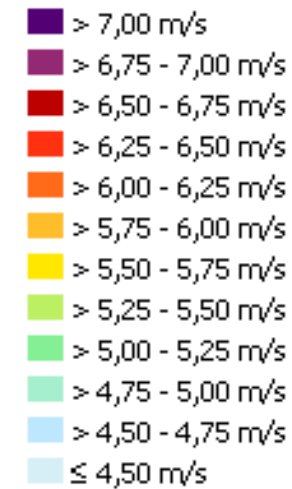
Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald  
Bauamt  
Dipl.Ing. (FH) Klaus Steinebrunner

---



Rot = Naturschutzgebiete

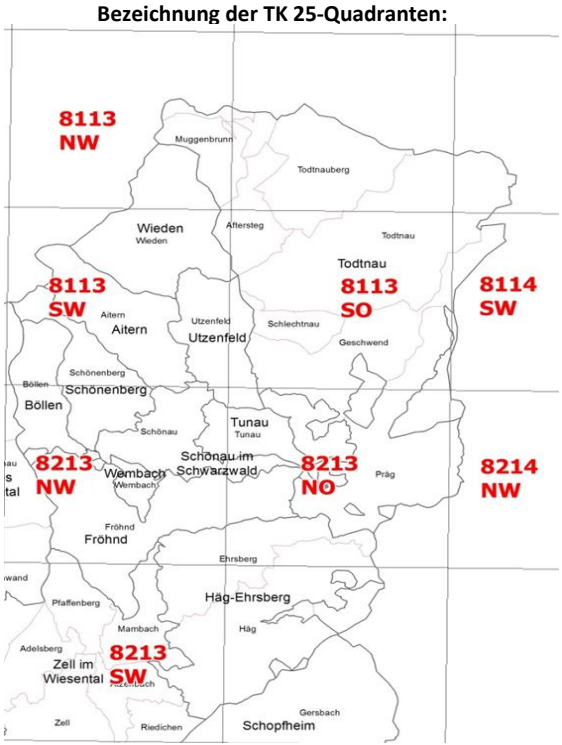
Windgeschwindigkeiten 160 m über Grund



Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 01 – Betroffene Flächen (im Hinblick auf die Windhöffigkeit)**

Betroffenheit von windkraftsensiblen Vogelarten

Vogelart / Quadrant	8113 NW	8113 SW	8113 SO	8114 SW	8213 NW	8213 NO	8213 SW	8214 NW
Rotmilan	2-3 Revierpaare	2-3 Revierpaare	1 Revierpaar		1 Revierpaar	2-3 Revierpaare	1 Revierpaar	1 Revierpaar
Wanderfalke	1 Revier		1 Revier	1 Revier				
Nordfledermaus	Nachweise	Nachweise	Nachweise					
Wasserfledermaus			Nachweise					
Wimperfledermaus			Nachweise					
Fransenfledermaus			Nachweise					
Kleiner Abendsegler			Nachweise					
Zwergfledermaus	Nachweise		Nachweise		Nachweise	Nachweise		
Braunes Langohr		Nachweise	Nachweise					
Zweifarbefledermaus			Nachweise					
Auerhuhn	in allen TK25-Quadranten liegt eine Betroffenheit vor							



nicht betroffen, auf der Grundlage der von der LUBW zur Verfügung gestellten Karten:

Kormoran	Fledermausarten:	Weißrandfledermaus
Wiesenweihe	Mopsfledermaus	Rauhhaufledermaus
Weisstorch	Breitflügelfledermaus	Mückenfledermaus
Schwarzmilan	Nymphenfledermaus	Großer Abendsegler
Uhu	Bechsteinfledermaus	Graues Langohr
	Große Bartfledermaus	Große Hufeisennase

Weitere Betrachtungen:

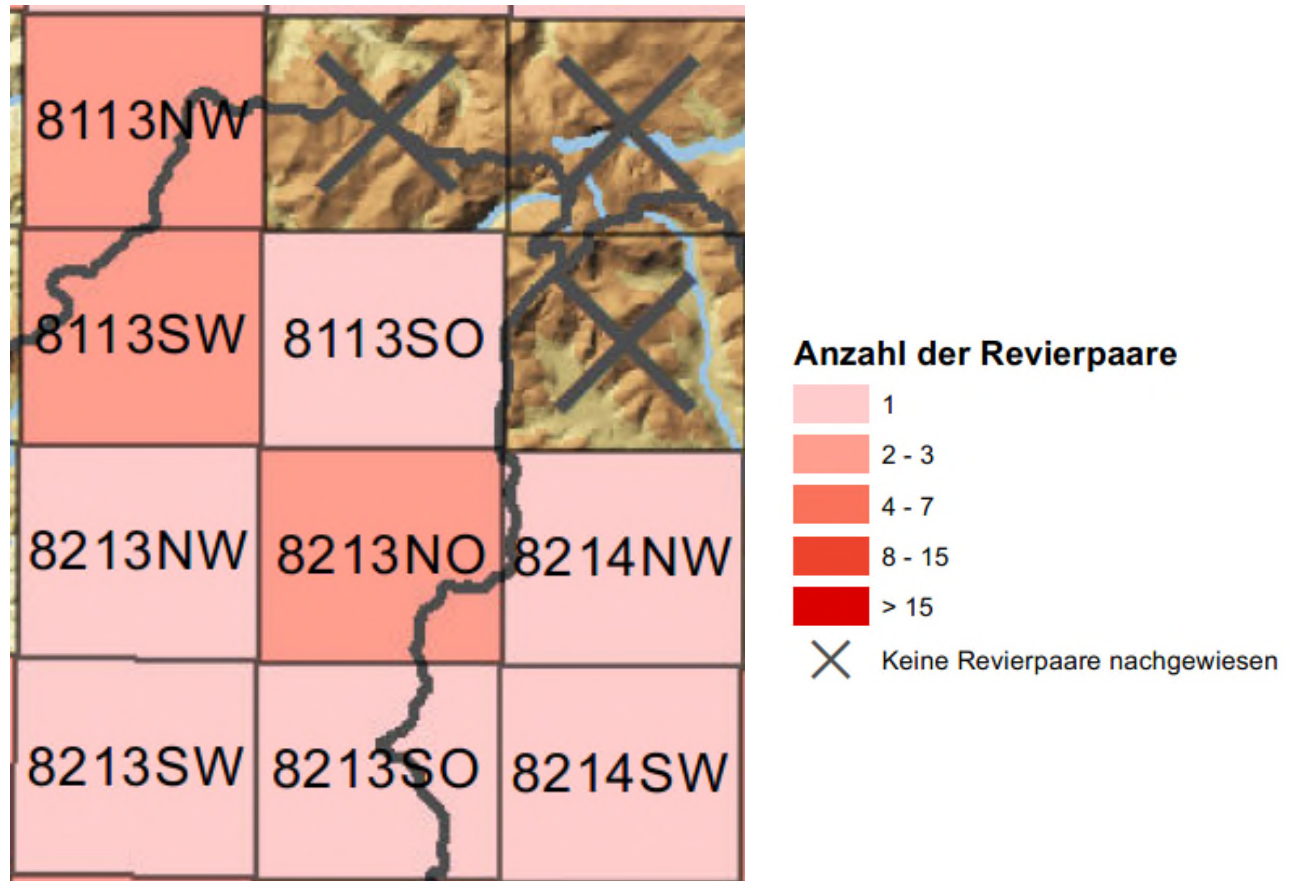
Keine Wildkatzenachweise 2006 - 2014 (FVA-WMS-Wildkatzenachweise)  
Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans 2010 der FVA verlaufen außerhalb des GVV-Gebiets.  
Gesetzlicher Erholungswald nach §33 Landeswaldgesetz ist nicht betroffen.

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 02 – Übersicht**





## Ergebnisse der Kartierungen von Rotmilan-Brutvorkommen aus den Jahren 2011 - 2014

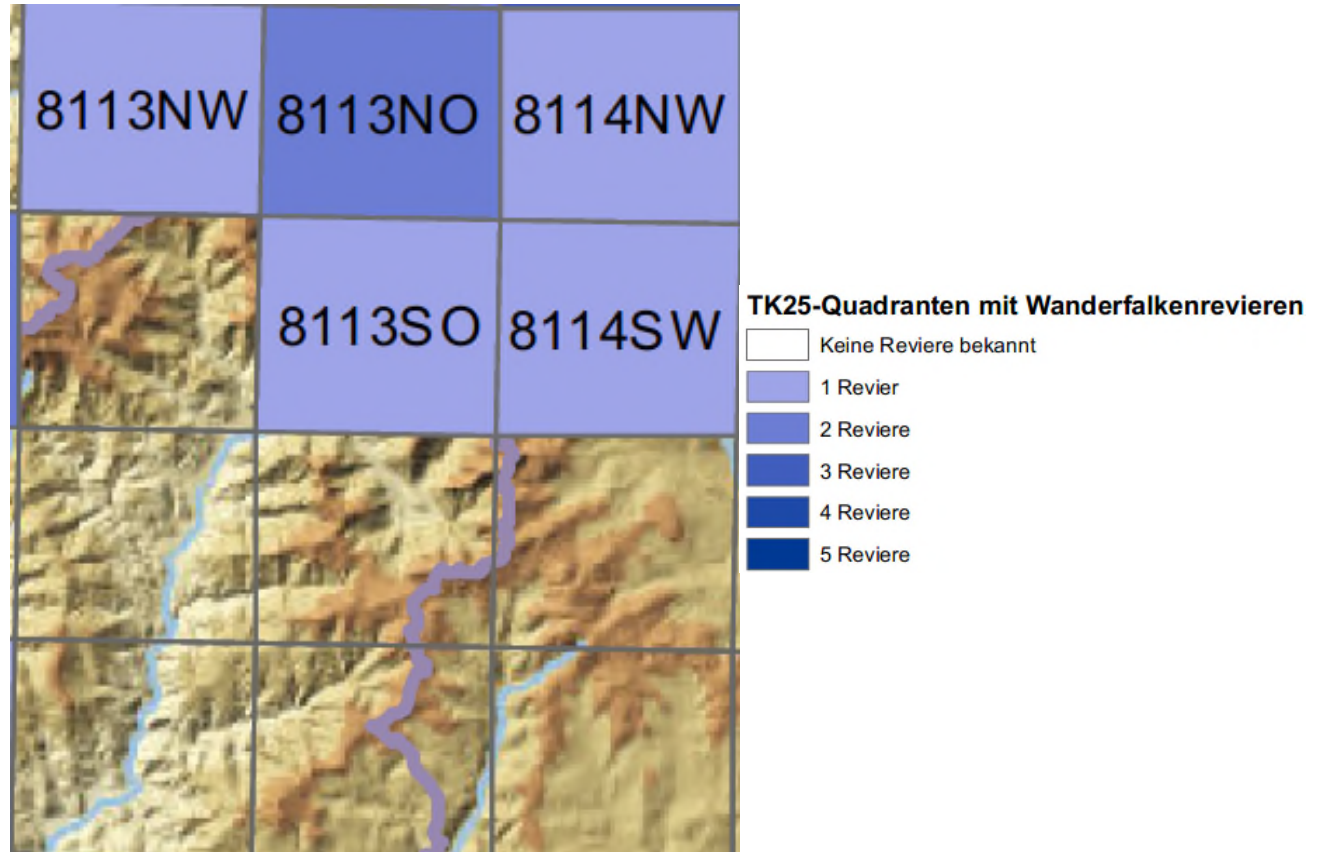


Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 03 – Rotmilan**

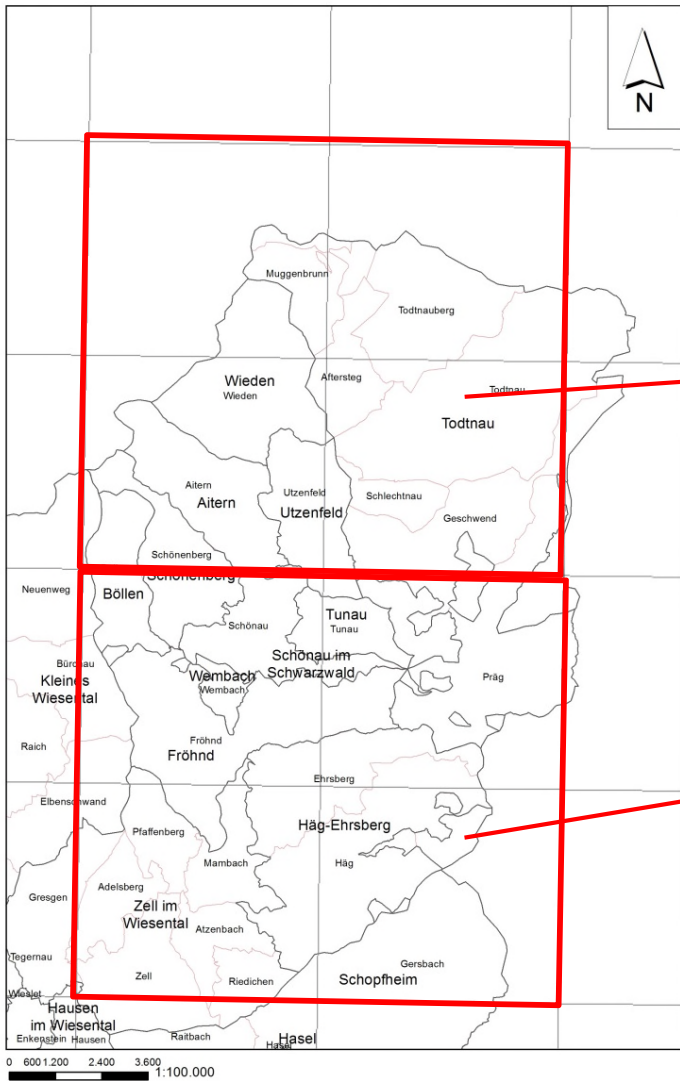




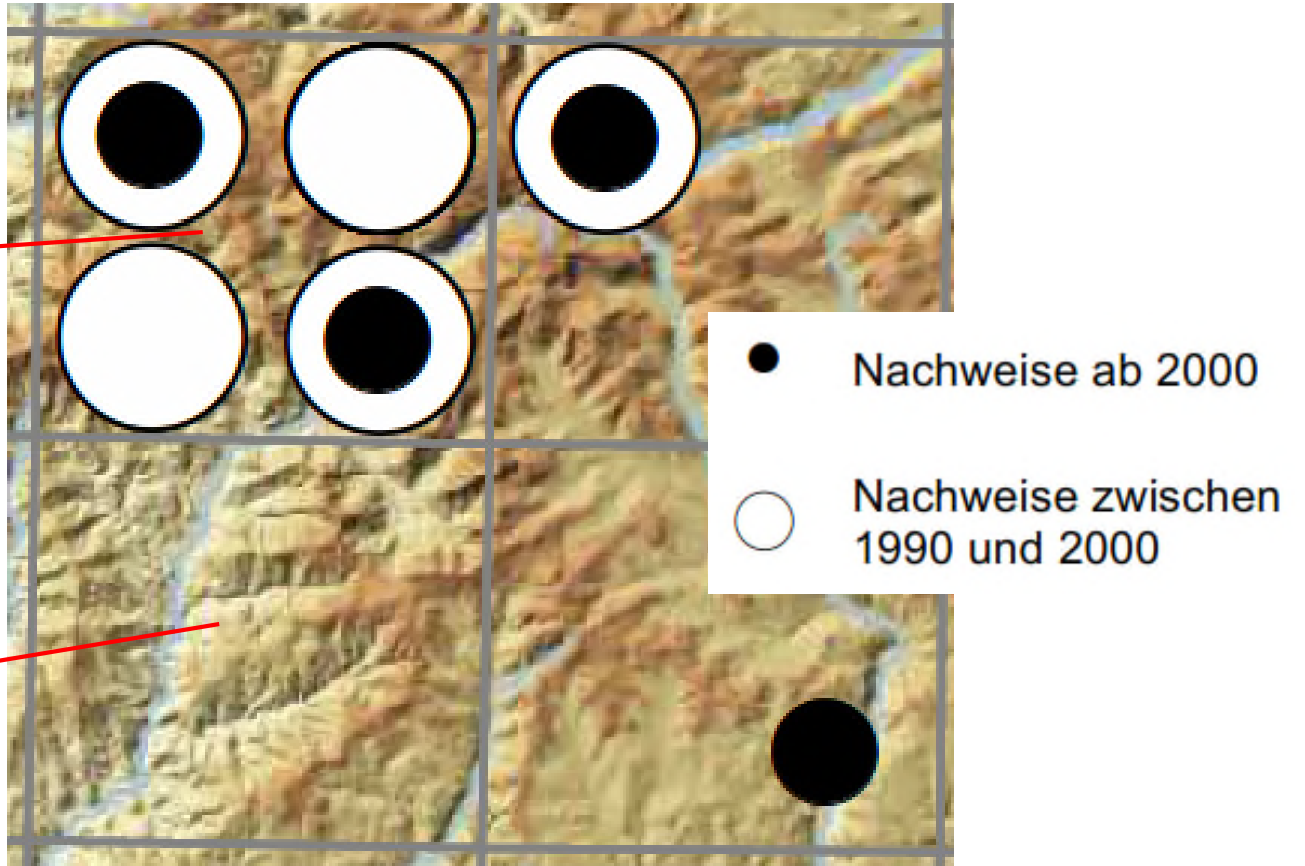
## Verbreitung des Wanderfalken in Baden-Württemberg 2012-2016



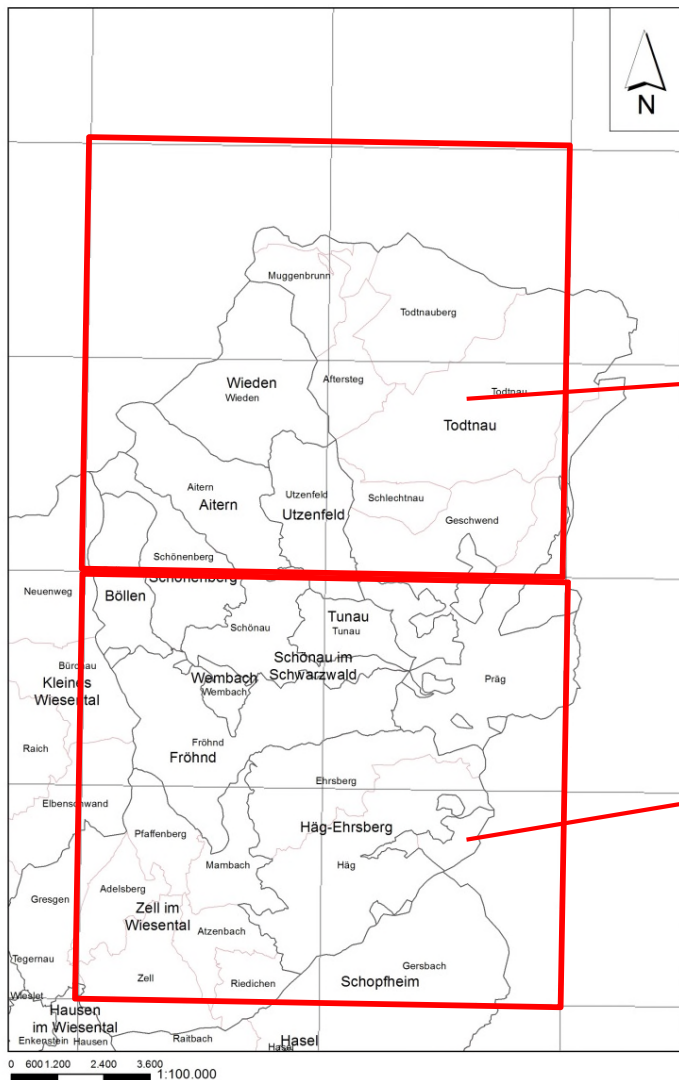
Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 04 – Wanderfalke**



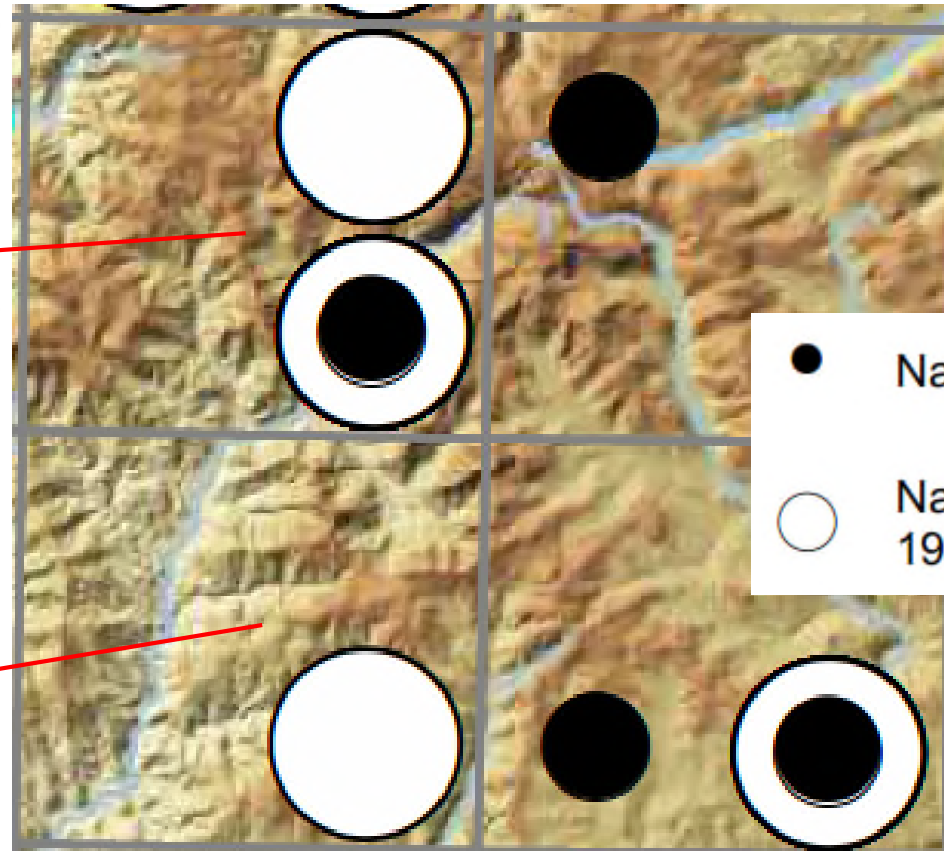
# Nordfledermaus



Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 05 – Nordfledermaus**

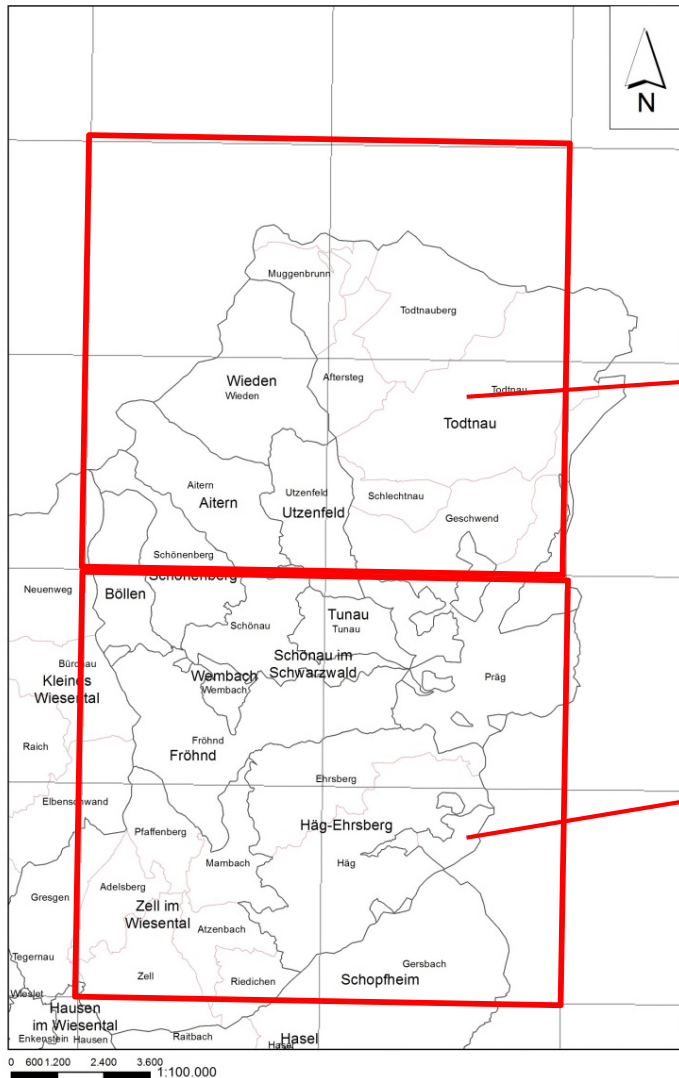


# Wasserfledermaus

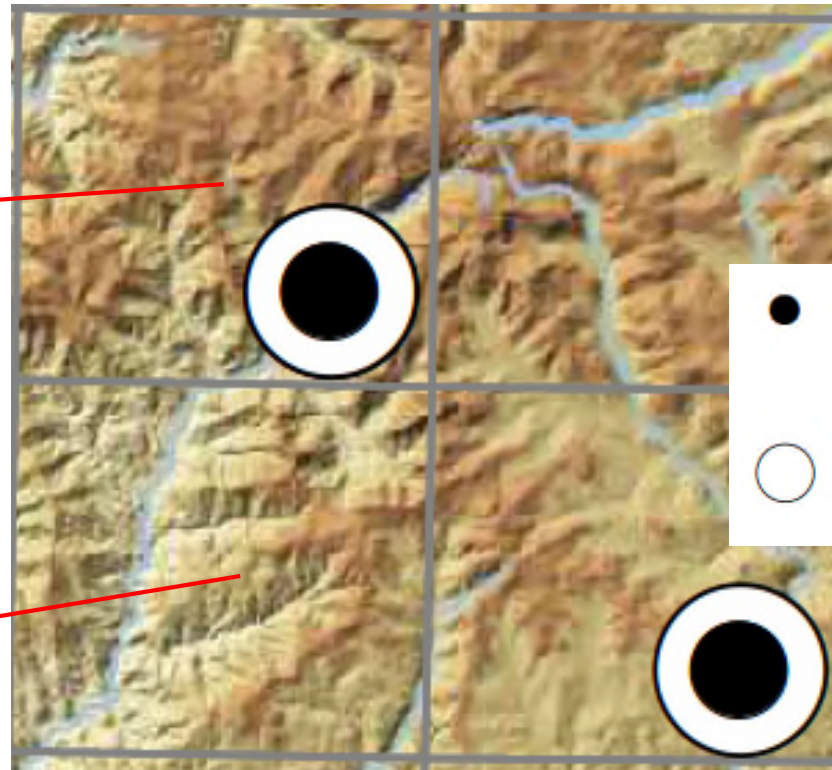


Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 06 – Wasserfledermaus**





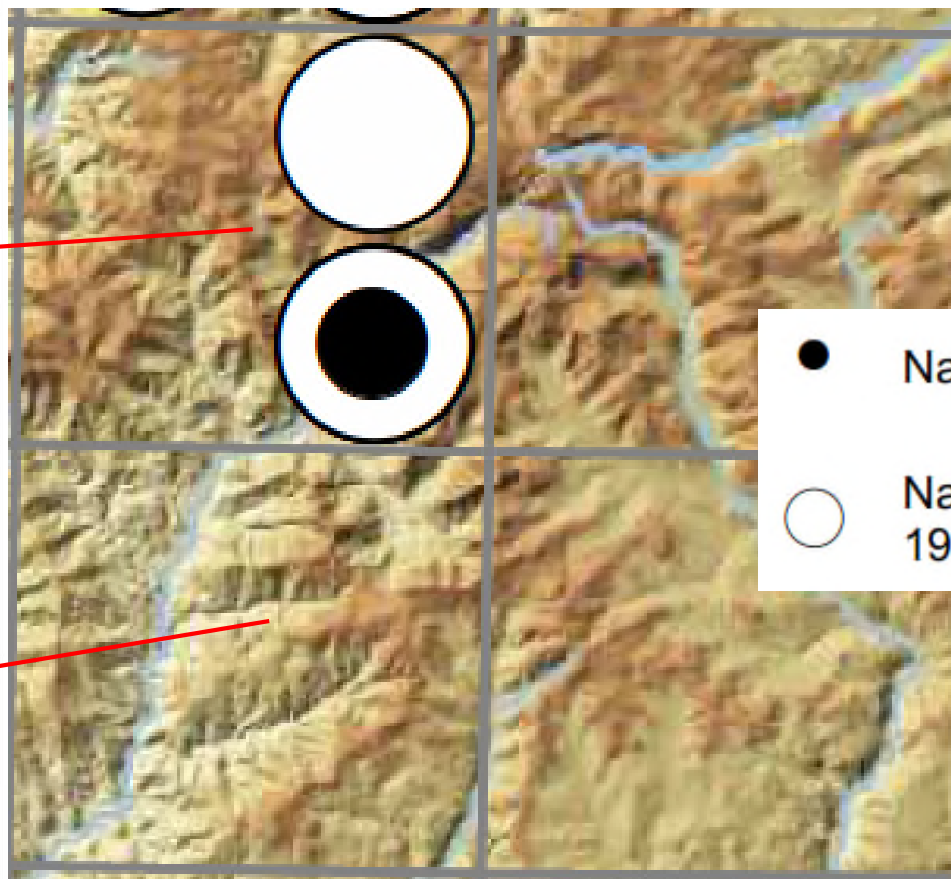
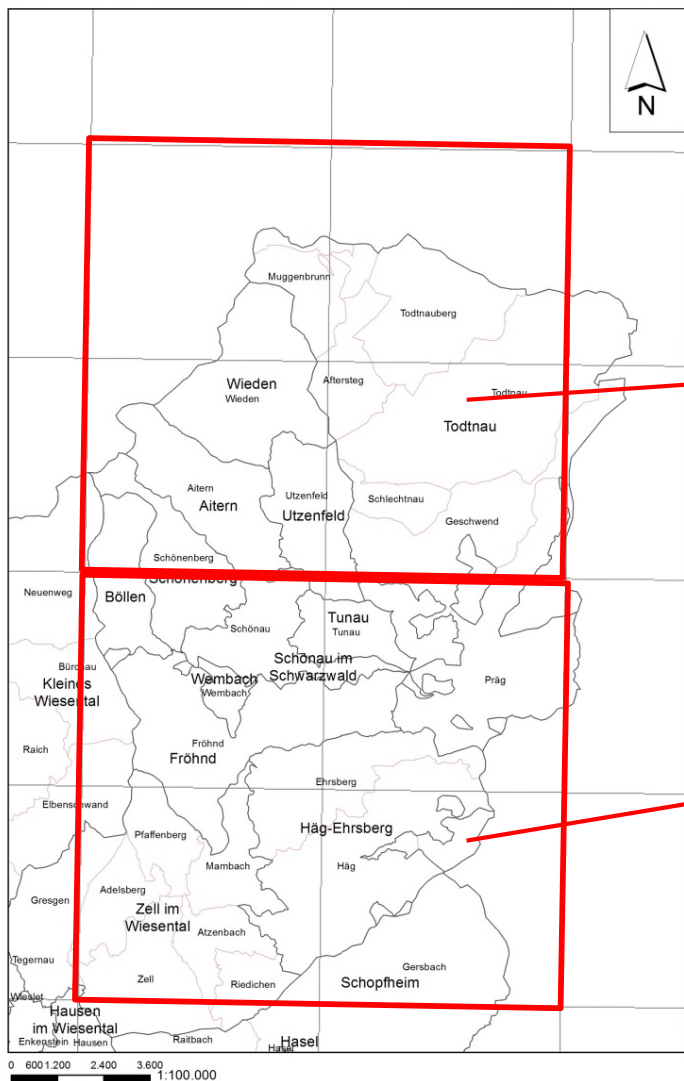
# Wimperfledermaus



- Nachweise ab 2000
- Nachweise zwischen 1990 und 2000

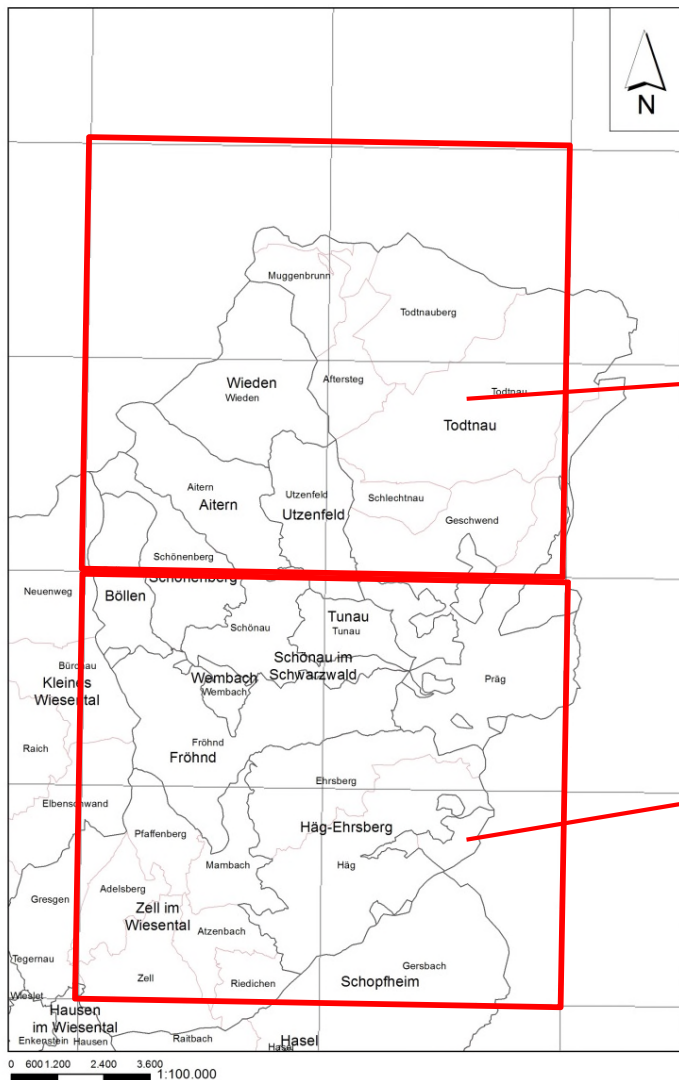
Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 07 – Wimperfledermaus**

# Fransenfledermaus

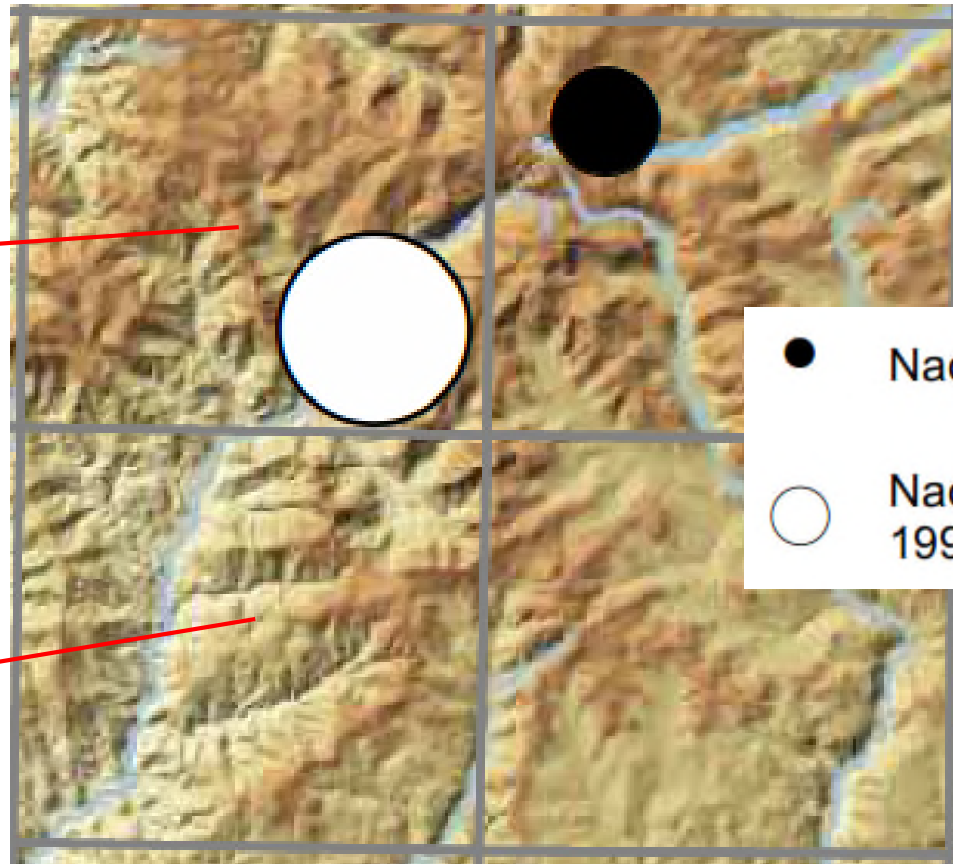


- Nachweise ab 2000
- Nachweise zwischen 1990 und 2000

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 08 – Fransenfledermaus**

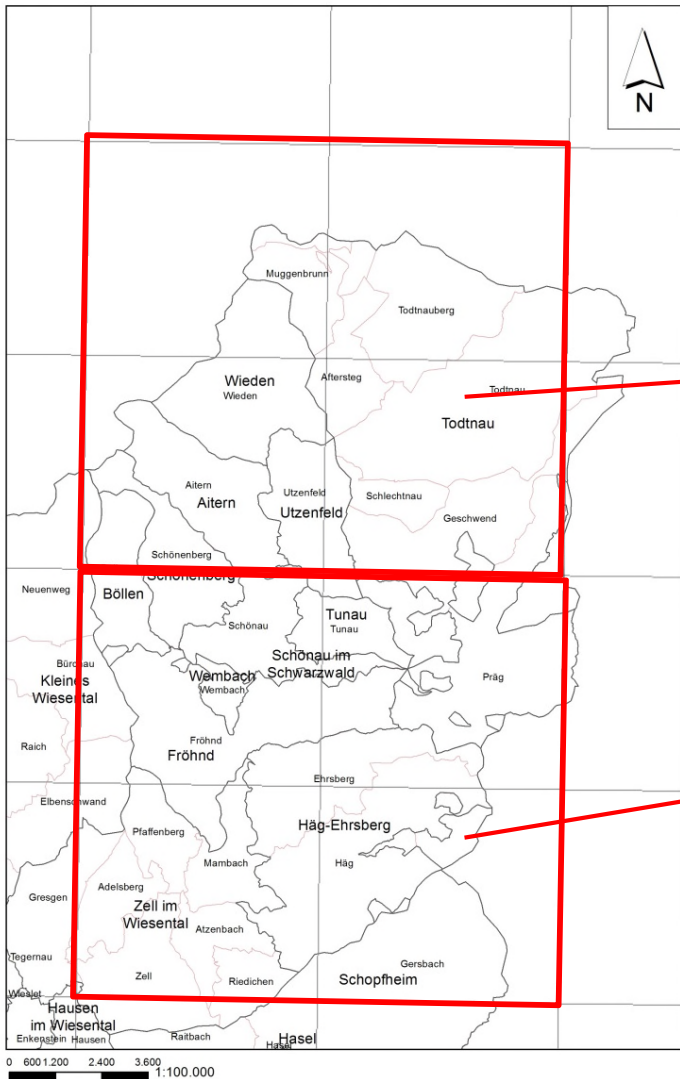


# Kleiner Abendsegler

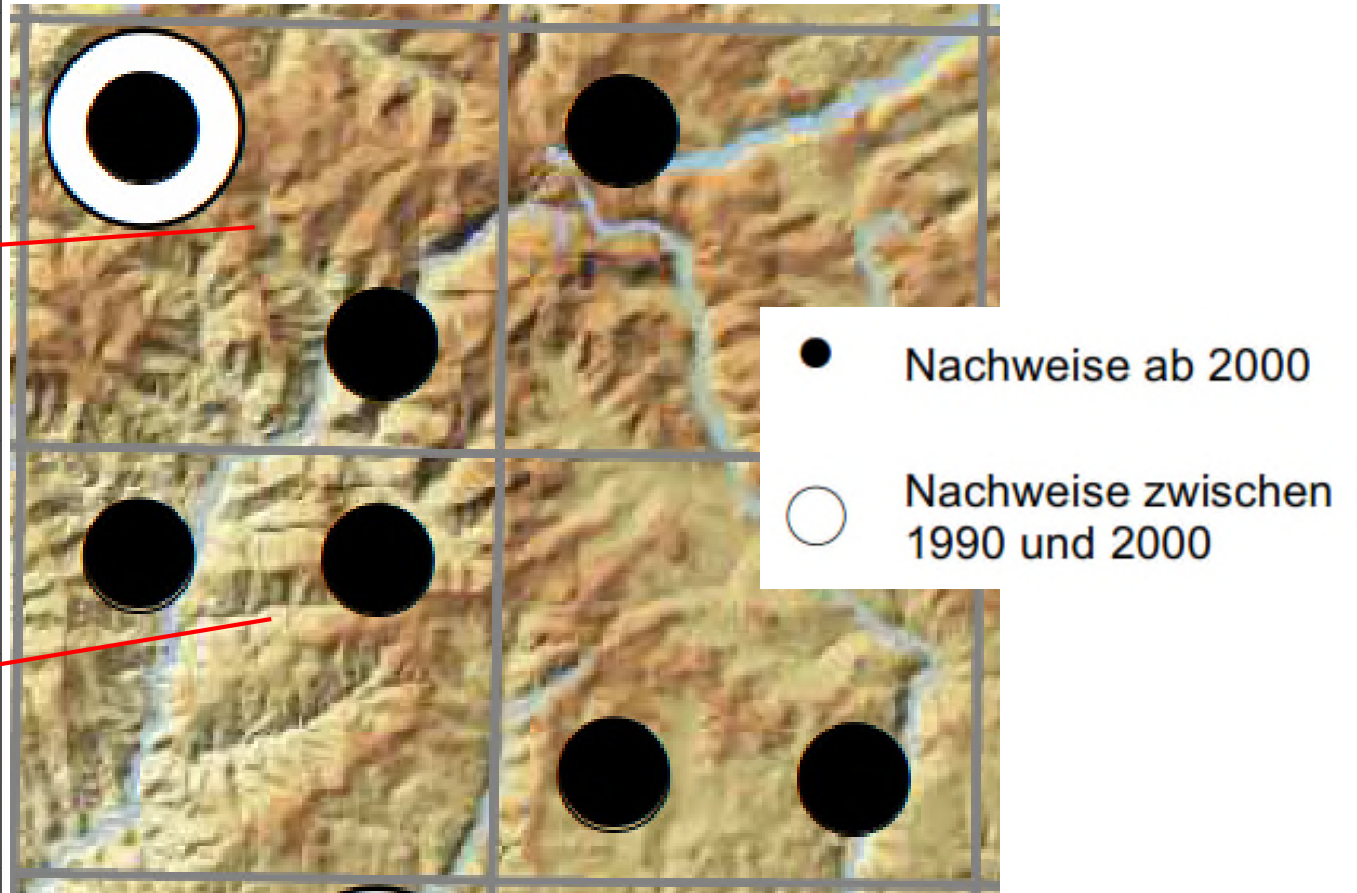


- Nachweise ab 2000
- Nachweise zwischen 1990 und 2000

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 09 – Kleiner Abendsegler**

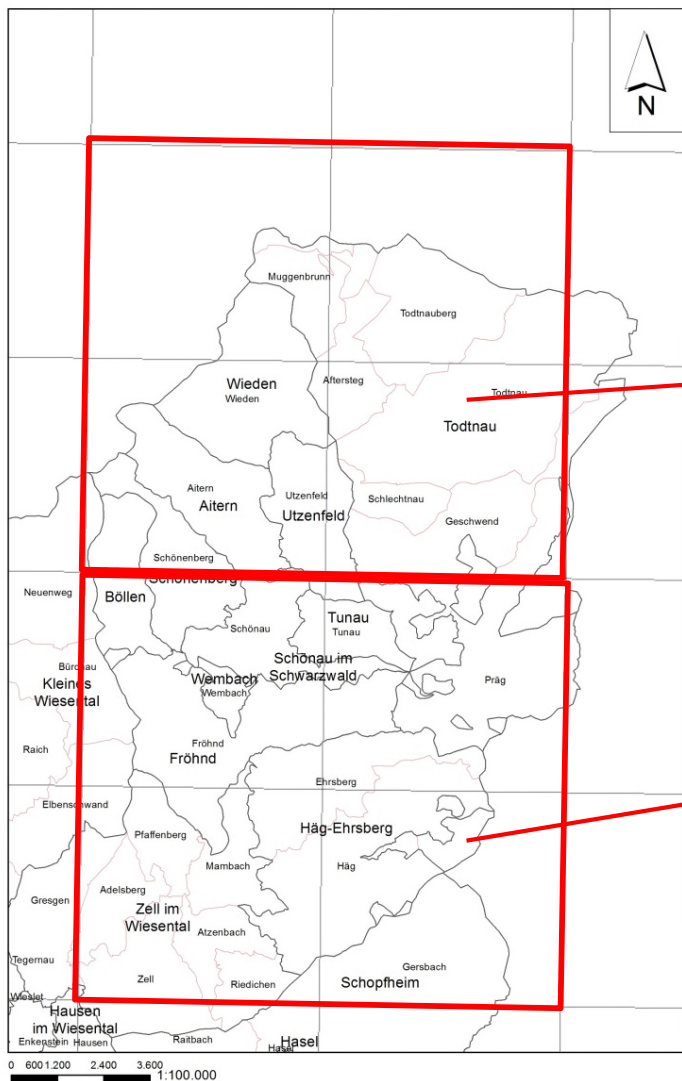


# Zwergfledermaus

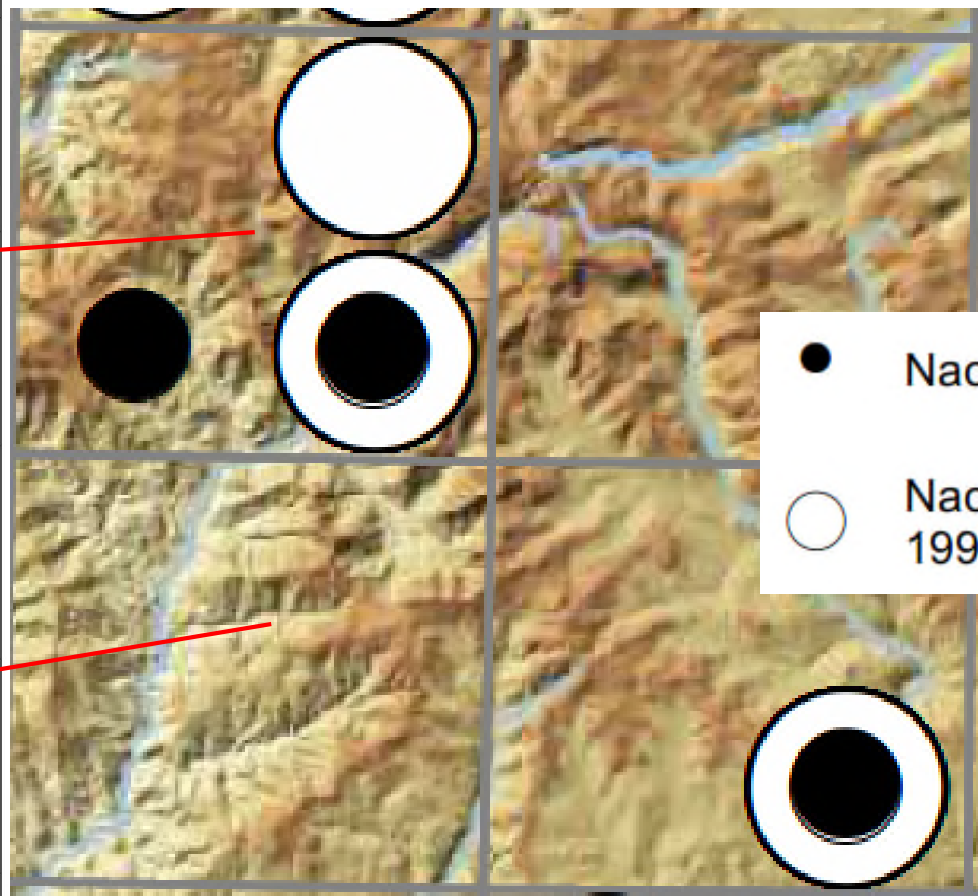


Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 10 – Zwergfledermaus**





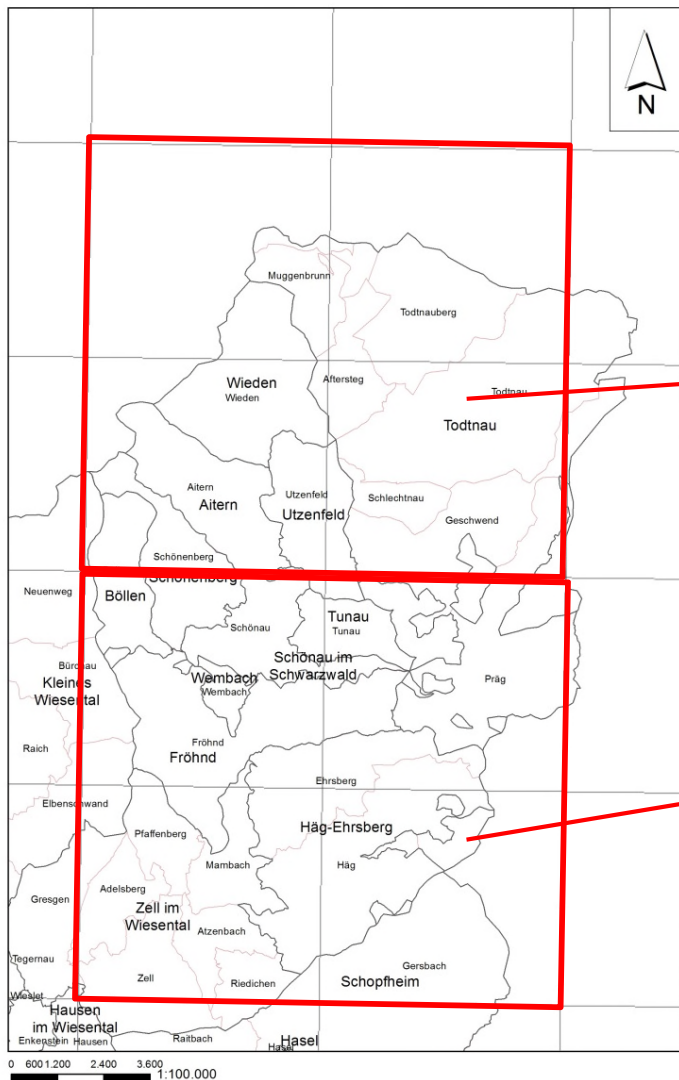
# Braunes Langohr



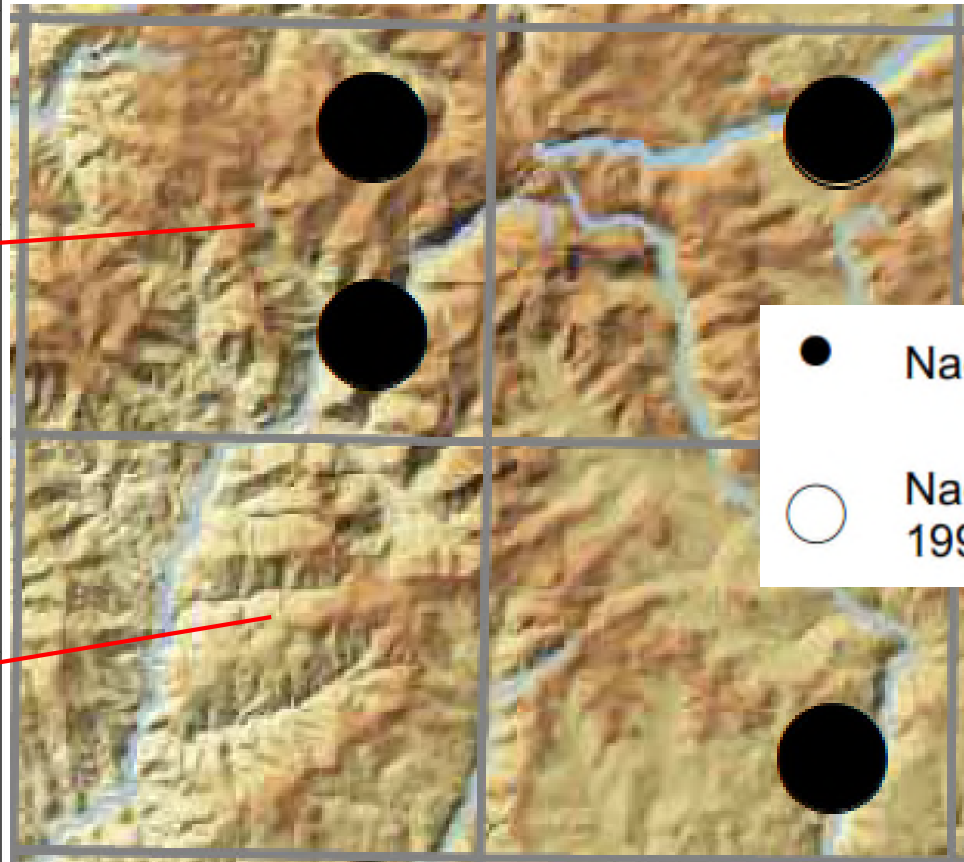
- Nachweise ab 2000
- Nachweise zwischen 1990 und 2000

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 11 – Braunes Langohr**



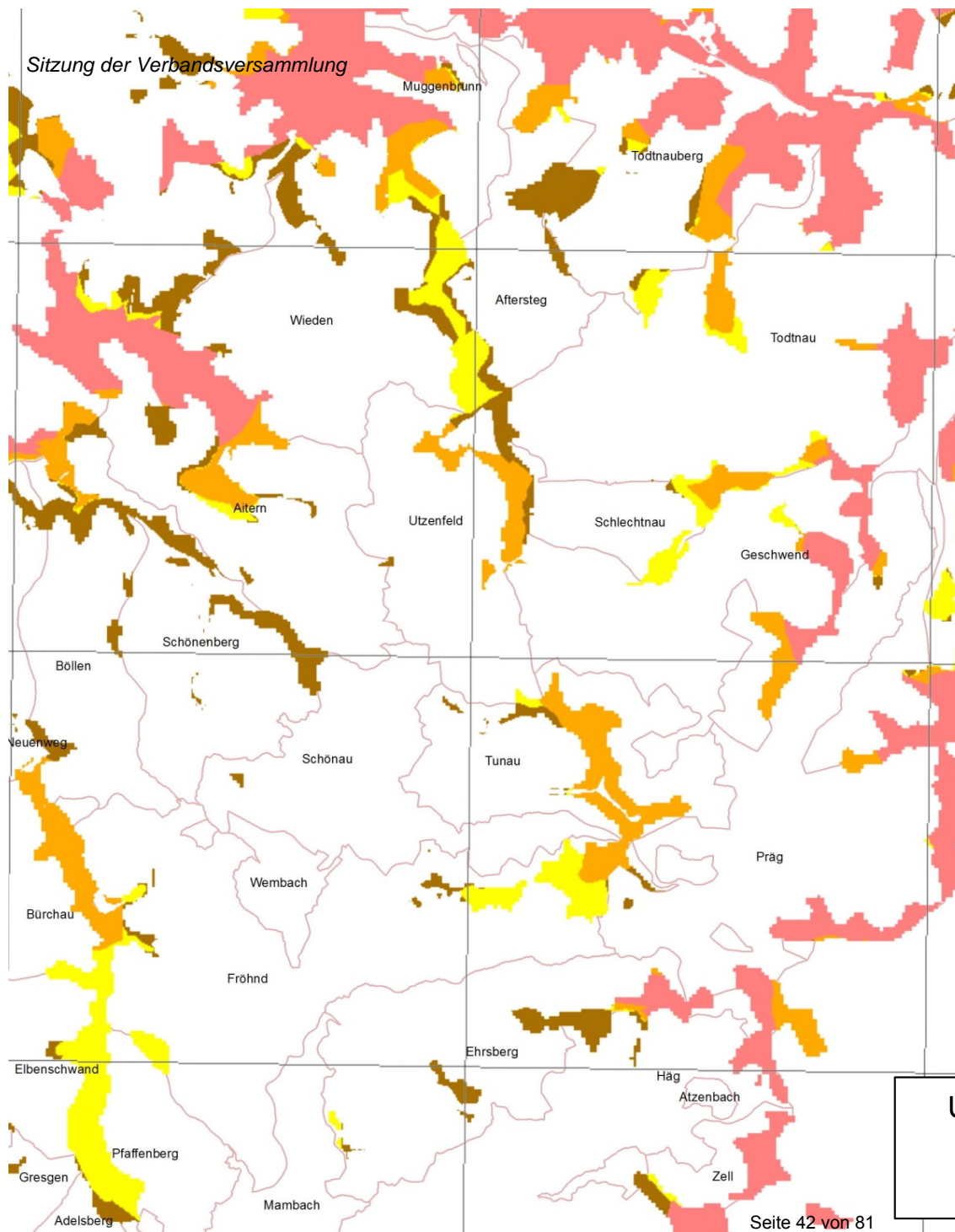


# Zweifarbflodermaus



- Nachweise ab 2000
- Nachweise zwischen 1990 und 2000

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 12 – Zweifarbenflodermaus**



# Planungsgrundlage "Windkraft und Auerhuhn"

Stand 01.03.2016

**Fachliche Einschätzung der windhöufigen Waldflächen  
( $>5,25, \text{m / sec}$  in 100 m über Grund) nach den  
4 Kategorien des Aktionsplans Auerhuhn**

- Kategorie 1 = Ausschluss von WEA
- Kategorie 2 = Sehr problematisch, Prüfflächen hinsichtlich Auerhuhnschutz
- Kategorie 3 = weniger problematisch, Prüfflächen hinsichtlich Auerhuhnschutz
- Kategorie 4 = Keine Restriktionen durch Auerhuhnschutz bekannt

Herausgeber:



**ForstBW**

Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans  
- Flächen für Windenergieanlagen -  
**Anlage 13 – Windkraft und Auerhuhn**

**Wildtierkorridore des überregionalen  
Populationsverbunds für mobile,  
waldassoziierte, terrestrische Säugetiere.**

Hrsg.: Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt  
Baden-Württemberg (www.fva-bw.de)

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg

Bearbeiter: M. Strein

- Internationale Bedeutung
- Nationale Bedeutung
- Landesweite Bedeutung

Seite 43 von 81

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

## Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### TOP 5:

#### **Nasslagerplatz Schönenbuchen, Bekanntgabe einer Eilentscheidung**

##### **Sachverhalt:**

Durch das Naturereignis „Burglind“ fielen im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald (GVV Schönau) rund 11.000 Fm Sturmholz an. Durch Engpässe bei der Holzabfuhr kann das Holz nur eingeschränkt aus dem Wald abgefahren werden. Auch die Kapazität der Sägewerke ist ausgereizt. Deshalb drohen lt. Auskunft der FBG, bei im Wald lagerndem Holz, Wertminderungen durch Käferbefall und Pilze von rund 25 €/Fm. Hier gab es nun zwei Möglichkeiten entgegenzuwirken:

- Einsatz von Spritzmittel
  - ➔ soll aus ökologischen Gründen in größerem Umfang vermieden werden
  - ➔ Spritzmittel haben eine begrenzte Wirkdauer von ca. 6 Wochen
  - ➔ Spritzmittel wirken nicht gegen Bläuepilze
- Reaktivierung des Nasslagerplatzes in Schönenbuchen

Am 02.05.2018 fand diesbezüglich eine Besprechung zwischen dem Forstbezirk Todtnau, der FBG und der Verwaltung des GVV Schönau statt.

##### **Teilnehmer:**

Herr Sellenmerten und Herr Lohmüller vom Forstbezirk Todtnau, Frau Smarsly von der FBG und Herren Lais, Steinebrunner und Stähle vom GVV Schönau

Im Ergebnis wurde die Reaktivierung des Nasslagerplatzes Schönenbuchen als Eilentscheidung durch den Stellv. Verbandsvorsitzenden Herrn Harald Lais beschlossen. Grundlage der Entscheidung waren folgende Parameter:

- Die baurechtliche Genehmigung bis 2021 liegt vor.
- Das schriftliche Einverständnis des Eigentümers (Bundesrepublik Deutschland) liegt vor.
- Die wasserrechtliche Genehmigung für die Einlagerung von rund 5.000 Fm liegt vor.
- Die Grundstückseigentümer der Zuleitung werden durch den Forstbezirk informiert.
- Vorfinanzierung durch den GVV Schönau.
- Vorläufige Kostenschätzung für Reaktivierung, lfd. Betrieb und Rückbau von 25.000 € (netto). Bisher wurden Aufwendungen von rund 17.000 € (netto) geleistet.
- Refinanzierung bis spätestens 31.12.2018 durch ein „Solidaritätsmodell“.
  - Beim Verkauf von Sturmholz (unabhängig von einer Einlagerung) werden 3,00 €/Fm zzgl. Mehrwertsteuer einbehalten.

- Bei Waldbesitzern außerhalb der Forstbetriebsgemeinschaft Todtnau werden 3,50 €/Fm zzgl. Mehrwertsteuer einbehalten.
  - Die Kosten für die Reaktivierung werden zwischen dem GVV Schönau und der FBG abgerechnet.
  - Überzahlungen werden den Waldbesitzern erstattet.
- Eine Nutzung über den Zeitraum 31.12.2018 ist zu prüfen, damit bei zukünftigen Ereignissen schneller reagiert werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Im Haushaltsplan 2018 sind keine Mittel vorgesehen. Der GVV Schönau tritt in Vorleistung. Bis zum Ende des Jahres 2018 sollen die Mittel zurückfließen, so dass die Maßnahme **ergebnisneutral** ausgeführt werden kann. Zinseffekte sind aktuell zu vernachlässigen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verbandsversammlung nimmt die Eilentscheidung zur Reaktivierung des Nasslagerplatzes zustimmend zur Kenntnis.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Stähle



Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald

## Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### TOP 6:

#### Kanalsanierung nach der EKVO, Arbeitsvergabe

##### Sachverhalt:

In der Verbandsversammlung vom 30.03.2017 wurden die Sanierungsarbeiten zu EKVO nur zu einem Teil vergeben. Die Fa. Walliser hat einen reduzierten Auftrag in Höhe von 173.278,60 € erhalten. Das Angebot lag bei 335.492,86 €.

Die Fa. Walliser hat den Auftrag angenommen, wollte aber eine Option für die restliche Auftragssumme. Ansonsten behielt sie sich vor entgangene Geschäftsgemeinkosten bzw. Mindermengenzuschlag zu erheben.

Im Haushalt 2018 sind 250.000 € für die Kanalsanierung eingestellt.

Davon wurden bereits ca. 109.000 € ausgegeben.

Es verbleiben also noch ca. 141.000 €, die in diesem Jahr noch ausgegeben werden können.

Die Firma Walliser hat auf die Anfrage, ob sie mit einer weiteren Vergabe aus dem Gesamtpaket einverstanden wäre, wie folgt geantwortet:

*„Wir sind grundlegend interessiert aus dem ursprünglichen Paket der Kanalsanierung weitere Bauleistungen für Sie auszuführen.*

*Dabei sollten uns allerdings Zugeständnisse hinsichtlich der inzwischen eingetretenen Lohnerhöhungen und der Baufristen eingeräumt werden.*

*Für die eingetretenen Lohnerhöhungen benötigen wir auf unser ursprüngliches Angebot einen pauschalen Aufschlag von 5,0 %.*

*Bei der Bauausführung wäre eine Baufrist Herbst / Winter 2018/2019 zu berücksichtigen.“*

Diese Preiserhöhung hält die Verwaltung für gerechtfertigt, weshalb die Fa. Walliser mit den weiteren Arbeiten aus dem ursprünglichen Paket beauftragt werden soll. In diesem Jahr werden nur diese Arbeiten gemacht, die mit den verfügbaren Mitteln machbar sind.

Die Restarbeiten aus dem Gesamtpaket werden 2019 in den Haushalt eingestellt und 2019 erledigt.

##### Finanzielle Auswirkungen:

Die Mittel sind im Haushalt eingestellt.

##### Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beauftragt die weiteren Arbeiten zur Kanalsanierung nach der EKVO aus dem ursprünglichen Angebot. In diesem Jahr werden nur die

tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel verbaut. Im Jahr 2019 werden dann die noch fehlenden Mittel in den Haushalt eingestellt und dann verbaut.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Steinebrunner

Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald

## Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### TOP 7: Neuorganisation der Gutachterausschüsse

#### Sachverhalt:

Die Änderung der Gutachterausschussverordnung (GuAVO) ist am 11.10.2017 in Kraft getreten. Im Rahmen der Novelle wurde die grundsätzliche Aufgabenzuweisung an die Gemeinden beibehalten.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Gutachterausschussverordnung wird der Gutachterausschuss auf vier Jahre bestellt. In den Mitgliedsgemeinden des Gemeindeverwaltungsverbands Schöna u im Schwarzwald geschah dies zuletzt im Jahr 2017. Die Bestellung läuft in allen Gemeinden im Laufe des Jahres 2021 ab.

Übersicht über die den Gutachterausschüssen vorgelegten Verkaufsfälle

	<b>2003-2017</b>	<b>Ø/a</b>
Aitern	83	5,5
Böllen	27	1,8
Fröhd	77	5,1
Schöna u	408	27,2
Schönenberg	48	3,2
Tunau	33	2,2
Utzenfeld	85	5,7
Wembach	97	6,5
Wieden	46	3,1
	<b>904</b>	<b>60,3</b>

Es ist offensichtlich, dass diese Datengrundlage etwas mager ist.

Ein Zusammengehen unserer neun Gutachterausschüsse halten wir deshalb für das Minimalziel.

Um eine gute Datengrundlage zu erhalten, und auch um die Gutachterausschüsse mit geeigneten Personen besetzen zu können, halten wir die Bildung einer noch größeren Einheit, die über den Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald hinausgeht, für sinnvoll. Benachbarten Gemeinden innerhalb eines Landkreises wurde die Möglichkeit eröffnet, zur Bildung leistungsfähiger Einheiten für die sachgerechte Aufgabenerfüllung einen gemeinsamen Gutachterausschuss zu bilden. Hierzu wurden die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit erweitert.



Nach § 192 BauGB sollen der Vorsitzende und die weiteren Gutachter in der Ermittlung von Grundstückswerten oder sonstigen Wertermittlungen sachkundig und erfahren sein. Bei der Größe unserer Gemeinden ist es nicht einfach geeignete Gutachter zu finden.

Aus der beigelegten Vorlage des Städtetags zur Arbeitstagung der Städtegruppe C ersehen Sie weitere Informationen. In der Tabelle der Anlage 1 wird die Schieflage innerhalb der BRD überdeutlich. In allen Bundesländern, außer in BW, liegen die Einwohnerzahlen je Gutachterausschuss über 100.000.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.04.2018, mit dem die aktuelle Grundlage zur Erhebung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt wurde, wird ein deutlich erhöhter Aufwand für die Gutachterausschüsse erwartet.

**Rechtslage:**

Die Gutachterausschüsse sind keine Angelegenheit des Verbandes, sondern jeder einzelnen Gemeinde. Die Geschäftsstelle des jeweiligen Gutachterausschusses wird daher für jede Gemeinde eine entsprechende Vorlage fertigen.

Die Behandlung im Rahmen dieser Verbandsversammlung bitten wir Sie daher lediglich als Plattform für eine erste Information über die anstehenden notwendigen Reformen zu sehen.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Steinebrunner

Städtetag Baden-Württemberg • Postfach 10 43 61 • 70038 Stuttgart

**Vorlage**  
für die Arbeitstagung der Städtegruppe C  
am 12.06.2018 in Haslach im Kinzigtal

**TOP 6**  
**Interkommunale Kooperationen nach der neuen Gutachterausschussverordnung**

14.05.2018 • Az 625.011 - G 6973/2018 • M/F • Bearbeiter: Gerhard Mauch

**Antrag** zur Beschlussfassung:

Die Städtegruppe C spricht sich für interkommunale Kooperationen innerhalb der Landkreise aus, um die kommunale Eigenverantwortlichkeit zu wahren.

**Begründung** siehe Folgeseite.

Dezernat IV:

GV:

gez. Gerhard Mauch  
Dezernent

gez. Gudrun Heute-Bluhm  
Oberbürgermeisterin a. D.

## **Begründung:**

Nach dem Baugesetzbuch sind Gutachterausschüsse als unabhängige und selbstständige Gremien zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen zu bilden. Im Land gibt es ca. 900 kommunal verfasste Gutachterausschüsse.

Zu ihren Aufgaben gehören die Erstattung von Gutachten über den Verkehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie von Gutachten über die Höhe von Entschädigungen für Rechtsverluste und andere Vermögensnachteile. Zudem hat ein Gutachterausschuss eine Kaufpreissammlung aller der in seinen Zuständigkeitsbereich anfallenden Grundstückskaufverträge zu führen, woraus er Bodenrichtwerte und sonstige für die Wertermittlung erforderliche Daten zu ermitteln hat.

Mit der Erfüllung dieser Aufgaben gewährleisten die Gutachterausschüsse, die vom Bund geforderte Transparenz des Grundstückmarktes.

Die Landesregierungen werden vom Bund ermächtigt die Bildung von Gutachterausschüssen sowie die Übertragung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnungen zu regeln. In Baden-Württemberg ist dies in der Gutachterausschussverordnung geregelt, die mit Wirkung zum 10.10.2017 überarbeitet wurde.

Anlass für die Überarbeitung war eine Untersuchung des Landes aus dem Jahre 2012. Dabei wurde festgestellt, dass in der Regel Gutachterausschüsse mit kleineren Zuständigkeitsbereichen oft, aufgrund der geringen Zahl an Kauffällen, nicht die erforderliche Markttransparenz darstellen und damit keine ausreichende Basis für die Ableitung der Wertermittlungsdaten vorlegen können. Aus diesem Grunde wurde bereits im Jahre 2015 über die Notwendigkeit interkommunaler Kooperationen diskutiert.

Hintergrund dieser Überlegungen war zum einen das Gesetz zur Reform des Erbschaftssteuer- und Bewertungsrechts vom 24.12.2008, als auch das damals noch nicht verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuerreform. Das Bundesverfassungsgericht hat zwischenzeitlich die Einheitswerte – als derzeitige Bemessungsgrundlage – als nicht mehr rechtskonform beurteilt.

Es ist davon auszugehen, dass den Bodenrichtwerten damit eine große Bedeutung zukommen wird, nicht zuletzt für die Erhebung der Grundsteuer selbst. Diese müssen daher „belastbarer“ als in der Vergangenheit sein, um auch den Vorgaben des Baugesetzbuches zu entsprechen. Die Urteilsbegründung und deren Auswertung (durch das Finanzministerium) liegen uns noch nicht vor; wir werden sie zeitnah nachreichen. Der Deutsche Städtetag hat sich klar für das sog. Bundesratsmodell positioniert (unbebaute Grundstücke sollen künftig nach dem Bodenrichtwert bemessen werden, der sich aus den durchschnittlichen Verkaufspreisen der Vergangenheit ergibt. Bei bebauten Grundstücken sollte zusätzlich noch der Wert des Gebäudes ermittelt werden).

Wie die beigefügte Übersicht (Anlage 1) der Gutachterausschussstruktur in Deutsch-

land zeigt, ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, mit Ausnahme der Stadtstaaten, das noch ein kommunalverfasstes Gutachterausschusswesen hat, was seitens der kommunalen Landesverbände ständig „verteidigt“ wurde.

Die mit der neuen Gutachterausschussverordnung verbundenen interkommunalen Kooperationen sollen aufgrund der Vielzahl an Kauffällen gleichzeitig die notwendige Markttransparenz gewährleisten. Wir sehen darin eine Chance die kommunale Verfasstheit der Gutachterausschüsse auch weiterhin zu gewährleisten.

Es sollten daher zeitnah innerhalb der Landkreise auf kommunaler Ebene solche Kooperationen eingegangen werden. Die Zielgröße für die Anzahl jährlichen Kauffällen liegt nach Auffassung des Landes bei 800 - 1.000 Fällen. Diese Größenordnung wird auch von der Arbeitsgemeinschaft der Stadtmessungsämter beim Städtetag als zutreffend angesehen.

Im Übrigen verweisen wir auf das als Anlage 2 beigefügte Schreiben des für das Gutachterausschusswesen zuständigen Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Dort wird klargestellt, dass sich im Falle von interkommunalen Kooperationen die Vielzahl der Gutachterausschüsse reduzieren und diese von gemeinsamen und größeren Geschäftsstellen abgelöst werden.

## Anlagen

## Übersicht der Gutachterausschussstruktur in Deutschland

	Anzahl der Gutachterausschüsse (GAA), Stand 4/2014	Einwohner je GAA *)	Haushalte je GAA *)	Fläche(km²) je GAA**)	OGA / ZGG **)
Baden-Württemberg (ca.)	900	12.000	6.000	40	noch nicht gebildet
Bayern	96	129.000	62.000	735	noch nicht gebildet
Berlin	1	3.292.000	1.981.000	892	ein GAA
Brandenburg	16	153.000	77.000	1.843	OGA
Bremen	2	325.000	179.000	202	zwei GAA
Hamburg	1	1.707.000	976.000	755	ein GAA
Hessen	45	133.000	65.000	469	ZGG
Mecklenburg-Vorpommern	8	201.000	104.000	2.898	OGA
Niedersachsen	14	556.000	274.000	3.402	OGA
Nordrhein-Westfalen	77	228.000	111.000	443	OGA
Rheinland-Pfalz	12	332.000	157.000	1.654	OGA
Saarland	7	143.000	70.000	367	ZGG
Sachsen	13	312.000	166.000	1.417	noch nicht gebildet
Sachsen-Anhalt	1	2.287.000	1.182.000	20.448	ein GAA
Schleswig-Holstein	15	187.000	92.000	1.053	noch nicht gebildet
Thüringen	9	243.000	123.000	1.797	ZGG
<b>Deutschland (ca.):</b>	<b>1.217</b>	<b>ca. 66.000</b>	<b>ca. 33000</b>	<b>ca. 295</b>	

\*) Einwohner nach Zensus 2011, Haushalte nach GfK, 2010

\*\*) OGA = Oberer Gutachterausschuss, ZGG = Zentrale Geschäftsstelle, GAA = örtliche Gutachterausschüsse

**Abb. 2-1:** Struktur der Gutachterausschüsse, Oberen Gutachterausschüsse und Zentralen Geschäftsstellen in Deutschland (Stand 01.04.2014)

Einrichtung der GAA bei
Gemeinden
LK, krfr St
Stadtstaat
LK, krfr St
Stadtstaat
Stadtstaat
LK, krfr St, kran St, <sup>1)</sup>
LK, krfr St
LGLN
LK, krfr St, kran St
LK +, krfr St
LK, krfr St
LK, krfr St
BL
LK, krfr St, <sup>2)</sup>
LK +, krfr St
BL = Bundesland LK = Landkreis LK + = mehrere Landkreise LGLN = Regionaldirektion des Landesamts für Geoinformation und Landvermessung krfr St = kreisfreie Stadt kran St = kreisangehörige Stadt 1) <sup>2</sup> / <sub>3</sub> der Geschäftsstellen der GAA sind bei einem der sieben Ämter für Bodenmanagement eingerichtet 2) Geschäftsstelle kann durch Vertrag auf eine Abteilung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation übertragen werden

Quelle: Immobilienmarktbericht Deutschland 2013, Seite 6

Klaus-Dieter Modrow

Geschäftsstelle des Gutachterausschusses  
der Stadt Reutlingen

**Von:** Maier, Jürgen (MLR) [<mailto:Juergen.Maier@MLR.BWL.DE>]

**Gesendet:** Freitag, 18. Mai 2018 10:38

**An:** Mauch Gerhard

**Betreff:** AW: Gutachterausschussverordnung

Sehr geehrter Herr Mauch,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 15. Mai 2018 zur Gutachterausschussverordnung. Mit Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Gutachterausschüsse, Kaufpreissammlungen und Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch (Gutachterausschussverordnung - GuAVO) vom 26. September 2017 (GBl. S. 497), die die Zuständigkeit der Gemeinden für die Bildung von Gutachterausschüssen beibehalten hat, werden erweiterte Möglichkeiten zur interkommunalen Kooperation eröffnet. Um die Aufgabenerfüllung zu verbessern, besteht nun die Option, einen gemeinsamen Gutachterausschuss für mehrere Gemeinden über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen einzurichten (§ 1 Absatz 1 Satz 2 GuAVO). Damit werden für die Aufgabenträger, die Städte und Gemeinden, die Voraussetzungen geschaffen, den gestiegenen Anforderungen im Bereich der Gutachterausschüsse zu begegnen. Es liegt nahe, dass auch die in Baden-Württemberg in weiten Teilen vorzufindende kleinräumige Struktur für die Leistungsfähigkeit und Qualität der Wertermittlungsergebnisse der Gutachterausschüsse nachteilig ist.

Andere Formen der interkommunalen Zusammenarbeit sind nach der GuAVO nicht vorgesehen. **Insbesondere wird eine Kooperation nicht ermöglicht, die lediglich eine (teilweise) gemeinsame Durchführung und Erledigung von Aufgaben bezweckt. Daher ist eine sogenannte "gemeinsame Geschäftsstelle" für mehrere selbstständige Gutachterausschüsse nicht zulässig. Überlegungen in diese Richtung wären auch in der Sache nicht zielführend, da sie die Steuerungsabsicht, Strukturverbesserungen zu ermöglichen und einzuleiten, unberücksichtigt lassen.**

Deshalb besteht keine Notwendigkeit und daher auch keine Absicht, die GuAVO nochmals zu ändern.

Die Grundstückswertermittlung und das Gutachterausschusswesen sehen sich einer Vielzahl von äußeren und inneren Einflüssen ausgesetzt. Über die veränderten fachlichen Anforderungen des BauGB hinaus ist hier vor allem die anstehende Reform der Grundsteuer zu beachten. Die geänderte GuAVO setzt den Rahmen, um diesen Herausforderungen durch zielgerichtete verstärkte interkommunale Kooperation begegnen zu können. Sie ist daher ein wichtiger Schritt für die Aufgabenträger auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen amtlichen Grundstückswertermittlung.

Die Entscheidung zur Bildung gemeinsamer Gutachterausschüsse stellt viele Städte und Gemeinden vor neue Fragen und mancherorts ist ein Umdenken erforderlich. Das MLR ist selbstverständlich bereit, sie auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Gutachterausschusswesen zu unterstützen, damit die erforderlichen Veränderungsprozesse unter fachkundiger Begleitung und Hilfestellung durch den Städtetag Baden-Württemberg zum Erfolg für alle Beteiligten gebracht werden. Daher erscheint es geboten, jetzt rechtzeitig im Interesse der verantwortlichen Kommunen und auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu handeln, um flächendeckend fachlich qualifiziert ermittelte sowie rechtlich belastbare Bodenrichtwerte und weitere wichtige Wertermittlungsdaten so bald wie möglich zur Verfügung zu haben.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn der Städtetag weiterhin bei seinen Mitgliedern für ein rasches Handeln und den Aufbau leistungsfähiger Strukturen werben würde.

Mit freundlichen Grüßen aus dem MLR  
Jürgen Maier



**Baden-Württemberg**

Jürgen Maier  
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz  
Ministère du Milieu rural et de la Protection des consommateurs  
Ministry of Rural Affairs and Consumer Protection  
Baden-Württemberg  
Abteilungsleiter "Ländlicher Raum, Landentwicklung, Geoinformation"  
Kernerplatz 10  
70182 Stuttgart

Telefon: +49 711 126 2261  
Mobil: +49 151 12659864

E-Mail: [juergen.maier@mlr.bwl.de](mailto:juergen.maier@mlr.bwl.de)  
Internet: [www.mlr.baden-wuerttemberg.de](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de)

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

## Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### TOP 8:

#### **Widmung des Almgasthauses Knöpflesbrunnen zum Standesamt (Vorlage)**

##### **Sachverhalt:**

Die Betreiber des Almgasthauses Knöpflesbrunnen in Utzenfeld sind an die Verwaltung mit dem Wunsch herangetreten, in einem repräsentativen Nebenraum des Gebäudes künftig Eheschließungen abzuhalten. Eine entsprechende Anfrage von Gästen des Almgasthauses liegt hierzu wohl schon vor.

Das Gebäude befindet sich im Eigentum der Gemeinde Utzenfeld, der Nebenraum ist separat zugänglich. Seitens der Gemeinde Utzenfeld wurde im Gemeinderat dieses Ansinnen mehrheitlich befürwortet.

Das Standesamt liegt in der Verwaltungshoheit des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald, weshalb eine Entscheidung von der Verbandsversammlung zu treffen ist.

Die Standesamtsaufsicht des Landratsamtes Lörrach wurde am 21.03.2018 zu einer Stellungnahme aufgefordert, welche am 16.05.2018 eingegangen ist. Es wurde zu Bedenken gegeben, dass das Almgasthaus Knöpflesbrunnen auf 1.100 m Höhe liegt und nur über einen 3,7 km langen Schotterweg angefahren werden kann. Größere Schwierigkeiten sieht die Verwaltung in den Wintermonaten. Hier ist das Almgasthaus nicht ordentlich zu erreichen. Es wird wohl lediglich sporadisch für Winterwanderer gebahnt. Es wird als unzumutbar angesehen, dass Gebäude bei Schnee anzufahren. In dieser Höhenlage ist es natürlich auch nicht kalkulierbar, wann Schneefälle einsetzen bzw. wann der Winter endgültig vorüber ist.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass das Standesamt Schönau im Schwarzwald im Verbandsgebiet über 11 Trauräumlichkeiten (9 Rathäuser, Heimatmuseum Klösterle, Kulturraum Wieden) verfügt.

Die Stellungnahme der Standesamtsaufsicht hat folgenden Inhalt:

*Zunächst verweisen wir auf die Bestimmung des § 14 Abs. 2 PStG.*

*Aus dieser geht hervor, dass die Eheschließung in einer der Bedeutung der Ehe entsprechenden würdigen Form vorgenommen werden muss.*

*Für die Ausgestaltung der Trauungszeremonie besteht zwar ein weiter Spielraum, doch liefert die Vorschrift die Handhabe, ausgefallenen Wünschen der Verlobten zu begegnen und gestattet der Standesamtsaufsicht den Gemeinden entgegenzutreten, die aus sachfremden Gründen (z.B. Tourismuswerbung, Imagepflege), ausgefallenen Eheschließungsformen anbieten.*

*Ob diese würdige Form beim Almgasthaus Knöpflesbrunnen gegeben ist, kann von hier aus nicht entschieden werden. Sollte eine Widmung erfolgen, ist das Gebäude*



entsprechend zu kennzeichnen. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, es genügt eine Anzeige.

Keinesfalls darf die Durchführung einer Eheschließung davon abhängig gemacht werden, dass Brautpaare und Gäste dort auch die gastronomischen Angebote in Anspruch nehmen müssen. Eine wirtschaftliche Verquickung zwischen der Amtshandlung des Standesamts und dem Gastronomiebetrieb darf nicht erfolgen. Diese Vorgabe ist zwingend einzuhalten.

Es muss auch gewährleistet sein, dass der Standesbeamte der die Trauung durchführt, während dieser Zeit das Hausrecht ausüben kann. Eine entsprechende Nutzungsregelung mit dem Betreiber der Gaststätte wäre sinnvoll.

Von der praktischen Durchführung her betrachtet sehen wir die von Ihnen geschilderten Schwierigkeiten auch. Denkbar wäre allerdings auch, dass sich das Angebot auf die Sommermonate beschränken würde.

Dieser Entscheidung liegt allerdings in der Organisationshoheit des Trägers des Standesamts.

Die Entscheidung, ob dem Ansinnen des Gastronomen auf Widmung entsprochen wird, trifft die Trägerin des Standesamts. Diese ist der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald.

Die Zuständigkeit über die Entscheidung hängt von den Regelungen in der Satzung des Gemeindeverwaltungsverbandes ab.

Seitens der Verwaltung wird zu dem Wunsch nach eingehender Betrachtung wie folgt Stellung genommen:

Eine Widmung des Almgasthauses Knöpflesbrunnen zum Standesamt wird nicht befürwortet. Aufgrund der unzureichend befestigten Zuwegung und der unkalkulierbaren Erreichbarkeit in den Wintermonaten wird dieser Eheschließungsstandort für die Standesbeamten als unzumutbar erachtet.

Eine Beschränkung auf bestimmte Monate wäre zwar möglich, müsste allerdings aufgrund der Höhenlage recht eng gefasst werden. Bei Heiratswilligen könnte dies unter Umständen keinen besonders guten Anklang finden.

Darüber hinaus ist es, gerade bei größeren Gesellschaften, oft erforderlich, den Trauraum bereits einen Tag vor der Eheschließung herzurichten. In den Rathäusern wird dies im Normalfall durch Gemeindepersonal gewährleistet, was beim Almgasthaus Knöpflesbrunnen nicht vorhanden ist. Aus Sicht der Verwaltung ist unverhältnismäßig, das Almgasthaus zweimal anfahren zu müssen.

Die Verwaltung könnte sich mit dem Wunsch anfreunden, sofern seitens der Gemeinde Utzenfeld ein Eheschließungsstandesbeamter gestellt wird, welcher dann diese Hochzeiten durchführt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Wunsch auf Widmung des Almgasthauses Knöpflesbrunnen zum Standesamt wird nicht befürwortet.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Pfeffer

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

## **Sitzungsvorlage**

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### **TOP 9: Prüfungsbericht Eröffnungsbilanz**

#### **Sachverhalt:**

Mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 24.07.2014 wurde die Verbandsverwaltung beauftragt das „Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“ zum 01.01.2016 beim Gemeindeverwaltungsverband und dessen Mitgliedsgemeinden einzuführen.

Nach Artikel 13 Abs. 5 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts ist zum Beginn des ersten Haushaltsjahres, in dem das neue Haushaltsrecht angewendet wird, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In dieser sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, anzusetzen (§ 62 Abs. 1 GemO).

Die Eröffnungsbilanz besteht aus der

- Vermögensrechnung (Bilanz, § 52 GemHVO)
- einem Anhang (u.a. § 53 GemHVO)

und als Anlagen zum Anhang (§ 95 Abs. 3 GemO) aus

- einer Vermögensübersicht (§ 55 Abs. 1 GemHVO)
- einer Übersicht über die Verbindlichkeiten (§ 55 Abs. 2 GemHVO)

und einer Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (§ 42 GemHVO – Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre).

In der Jahresrechnung 2015 wurden keine Haushaltsreste gebildet. Entsprechende Mittel wurden im Haushaltsplan 2016 nochmals neu veranschlagt.

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat mit Beschluss vom 30.03.2017 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016 festgestellt. Die festgestellte Eröffnungsbilanz wurde mit Schreiben vom 07.04.2017 der Kommunalaufsicht des Landratsamts Lörrach zur Prüfung vorgelegt.

Mit der Prüfung wurde im Oktober 2017 begonnen. Die Prüfung wurde sowohl im Landratsamt Lörrach als auch vor Ort bei der Kasse des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald durchgeführt. Der Prüfungsbericht datiert auf den 24.05.2018.

Über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts ist gemäß § 114 Abs. 4 i.V.m. § 43 Abs. 5 der Gemeindeordnung die Verbandsversammlung zu unterrichten. Das Gesamturteil wird der Verbandsversammlung in dieser Vorlage zur Verfügung gestellt.

### III. Gesamturteil

Unsere Prüfung der Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald hat einen positiven Gesamteindruck vermittelt. Das Erheben der Daten sowie die Bewertung zeigen ein hohes Maß an Fachkenntnissen. Die in den Bewertungsrichtlinien des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald dargestellten Wertansätze wurden nachvollziehbar begründet.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt. Zusammenfassend und in Gesamtwürdigung aller geprüfter Sachverhalte und Unterlagen sind wir der Überzeugung, dass die Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald zum 01.01.2016 nebst Anhang ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Lage des Verbands vermittelt.

Es ergibt sich nur geringfügiger Berichtigungsbedarf für die Eröffnungsbilanz gem.

§ 63 GemHVO im Bereich „Infrastrukturvermögen“.

Senn

Der vollständige Prüfungsbericht ist als Anlage diesem Tagesordnungspunkt beigelegt. Fragen der Verbandsversammlung werden gerne beantwortet. Der sich aus der Prüfung ergebende Korrekturaufwand beläuft sich auf 15.051,88 € (Aktivseite + Passivseite). Dies entspricht einer **Änderung** des ursprünglichen Eigenkapitals von 0,00 %. Da die Anlagenbuchhaltung des Jahres 2017 bereits abgeschlossen ist, wurden die erforderlichen Korrekturen auf den 01.01.2018 vorgenommen.

Anlage	Bezeichnung	Buchwert Migration	Buchwert korrigiert	Berichtigung EöB
99002000007 2	Belchen – Flst.-Nr. 604/41 (Gemarkung Aitern)	0,00	437,06	437,06
99009000020 1	Belchen – Flst.-Nr. 604/41 (Sonderposten)	0,00	-437,06	-437,06
99002000007 3	Belchen – Flst.-Nr. 604/20 (Gemarkung Aitern)	0,00	1.202,50	1.202,50
99009000020 2	Belchen – Flst.-Nr. 604/41 (Sonderposten)	0,00	-1.202,50	-1.202,50
99002000007 4	Belchen – Flst.-Nr. 1401/3 (Gemarkung Schönenberg)	0,00	11.505,26	11.505,26

99009000020 3	Belchen – Flst.-Nr. 1401/3 (Sonderposten)	0,00	-11.505,26	-11.505,26
99002000007 5	Belchen – Flst.-Nr. 1401/4 (Gemarkung Schönenberg)	0,00	1.835,08	1.853,08
99009000020 4	Belchen – Flst.-Nr. 1401/4 (Sonderposten)	0,00	-1.835,08	-1.853,08
99002000007 6	Belchen – Flst.-Nr. 757/1 (Gemarkung Böllen)	0,00	70,98	70,98
99009000020 5	Belchen – Flst.-Nr. 757/1 (Sonderposten)	0,00	-70,98	-70,98
99002000007 7	ehemalige Belchenstraße – Straßenaufbau	0,00	1,00	1,00
99009000020 6	ehemalige Belchenstraße – Straßenaufbau (SoPo)	0,00	-1,00	-1,00
	<b>Summe Aktivseite</b>	<b>0,00</b>	<b>15.051,88</b>	<b>15.051,88</b>
	<b>Summe Passivseite</b>	<b>0,00</b>	<b>-15.051,88</b>	<b>-15.051,88</b>

Die Grundstücke der ehemaligen Belchenstraße sind durch „Umstufungen“ in den Jahren 2004/2005 (Landstraße zur Kreisstraße und Kreisstraße zur Gemeindeverbindungsstraße) ins Eigentum des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald gelangt. Dies war der Finanzverwaltung leider nicht bekannt und wurde bei der Inventur im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz leider nicht festgestellt.

In Absprache mit der Kommunalaufsicht des Landratsamts Lörrach werden analog der Waldbewertung nach § 62 Abs. 4 Nr. 2 für den Grund und Boden 0,26 €/m<sup>2</sup> angesetzt. Da es sich um einen unentgeltlichen Erwerb handelt, ist gleichzeitig ein entsprechender Sonderposten auf der Passivseite zu bilden (siehe Bilanzierungsleitfaden 2.3.4).

Für den Straßenaufbau (ehemalige Landstraße) wird lediglich ein Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt (Herstellungskosten und Herstellungszeitpunkt sind nicht bekannt). Da es sich auch hier um einen unentgeltlichen Erwerb handelt, ist gleichzeitig ein entsprechender Sonderposten auf der Passivseite zu bilden.

Damit gleichen sich die Zugänge auf der Aktivseite und der Passivseite aus und das Eigenkapital bleibt unverändert. Die Aufnahme in den Anlagennachweis ist jedoch zwingend, um dem „Grundsatz der Vollständigkeit“ gerecht zu werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Versammlungsversammlung nimmt den Prüfungsbericht vom 24.05.2018 zu Kenntnis.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Stähle

---

# Prüfungsbericht

über die Prüfung der Eröffnungsbilanz  
des Gemeindeverwaltungsverbands  
Schönau im Schwarzwald  
zum 01.01.2016

Lörrach, 24.05.2018

## Verbandsdaten

Gemeindeverwaltungsverband Schöna im Schwarzwald

Mitgliedsgemeinden: Aitern (553 Einwohner)  
Böllen (96 Einwohner)  
Fröhd (472 Einwohner)  
Schöna im Schwarzwald (2.405 Einwohner)  
Schönenberg (352 Einwohner)  
Tunau (182 Einwohner)  
Utzenfeld (626 Einwohner)  
Wembach (339 Einwohner)  
Wieden (585 Einwohner)

Einwohnerzahl: 5.610 Einwohner zum 31.12.2015

Verbandsvorsitzender: Bürgermeister Peter Schelshorn  
(seit 01.10.2012)

## Inhaltsverzeichnis

### I. Allgemeines

1. Rechtliche Grundlagen
2. Prüfungsauftrag
3. Art und Umfang der Prüfung

### II. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016

4. Allgemeine Feststellungen
5. Feststellungen und Erläuterungen zur **Aktivseite der Bilanz**
  - a. Immaterielle Vermögensgegenstände
  - b. Unbebaute Grundstücke
  - c. Bebaute Grundstücke
    - Grund und Boden
    - Gebäude und Betriebsvorrichtungen
  - d. Infrastrukturvermögen
    - Straßen (Grund und Boden; Straßenkörper)
    - Abwasserbeseitigung
  - e. Bauten auf fremden Grundstücken
  - f. Maschinen, Fahrzeuge, technische Anlagen
  - g. Betriebs- und Geschäftsausstattung

- h. Vorräte
- i. Anlagen im Bau
- j. Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen
- k. Wertpapiere und sonstige Einlagen
- l. Forderungen
- m. Liquide Mittel

**6. Feststellungen und Erläuterungen zur Passivseite der Bilanz**

- n. Rücklagen
- o. Sonderposten
  - für **erhaltene** Investitionszuweisungen
  - für **erhaltene** Investitionsbeiträge
  - für Sonstiges
- p. Verbindlichkeiten
  - aus Kreditaufnahmen
  - aus Lieferungen und Leistungen
  - Sonstige Verbindlichkeiten
- q. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

**III. Gesamturteil**



## I. Allgemeines

### 1. Rechtliche Grundlagen

Mit dem neuen Haushaltsrecht wird die bislang zahlungsorientierte Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung umgestellt. Die neue Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) trat zum 01.01.2010 in Kraft.

Bei der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Hierin sind sämtliche Vermögensgegenstände, das Basiskapital, alle Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Abgrenzungsposten aufzunehmen. Das Verfahren und die Grundlagen für die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz sind in der Gemeindehaushaltsverordnung geregelt.

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat mit Beschluss vom 30.03.2017 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016 festgestellt. Die festgestellte Eröffnungsbilanz wurde uns mit Schreiben vom 07.04.2017 zur Prüfung vorgelegt und stellt sich wie folgt dar:

<b>Aktivseite</b>		<b>Geschäftsjahr 2016</b>
		<b>EUR</b>
<b>1</b>	<b>Vermögen</b>	<b>15.348.337,60</b>
<b>1.1</b>	<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>11.795,40</b>
<b>1.2</b>	<b>Sachvermögen</b>	<b>14.344.397,86</b>
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.635.939,41
1.2.3	Infrastrukturvermögen	8.026.074,81
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	44.193,00
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	992.590,00
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	350.451,00
1.2.8	Vorräte	7.297,62
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	287.852,02
<b>1.3</b>	<b>Finanzvermögen</b>	<b>992.144,34</b>
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	550,00
1.3.5	Wertpapiere	661.369,69
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	34.005,10
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	15.425,59
1.3.9	Liquide Mittel	280.793,96
<b>Bilanzsumme</b>		<b>15.348.337,60</b>

<b>Passivseite</b>		<b>Geschäftsjahr 2016</b>
		<b>EUR</b>
<b>1</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>2.694.775,80</b>
1.1	Basiskapital	2.033.406,11
1.2	Rücklagen	661.369,69
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	661.369,69
<b>2</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>9.850.830,48</b>
2.1	für Investitionszuweisungen	8.822.790,48
2.2	für Investitionsbeiträge	1.003.191,00
2.3	für Sonstiges	24.849,00
<b>4</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.540.816,91</b>
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	2.497.141,31
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	43.675,60
<b>5</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>261.914,41</b>
<b>Bilanzsumme</b>		<b>15.348.337,60</b>

## 2. Prüfungsauftrag

Gemäß Art. 13 Abs. 5 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts hat die Gemeinde zum Beginn des ersten Haushaltsjahres, in dem das neue Haushaltsrecht anzuwenden ist, eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, sofern eine solche nicht bereits auf der Grundlage des bisherigen § 146 der Gemeindeordnung (GemO) aufgestellt worden ist. Auf die Eröffnungsbilanz sind die für den Jahresabschluss geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit sie sich auf die Bilanz beziehen. Die Eröffnungsbilanz ist nach Feststellung der letzten Jahresrechnung, spätestens zum Ende des Haushaltsjahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. Sie soll von der überörtlichen Prüfungsbehörde innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres geprüft werden. Das wesentliche Ergebnis wird in einem Prüfungsbericht zusammengefasst.

## 3. Art und Umfang der Prüfung

Mit der Prüfung der Eröffnungsbilanz wurde im Oktober 2017 begonnen. Ein Abschluss innerhalb der Jahresfrist war aufgrund der Vielzahl der zu prüfenden Eröffnungsbilanzen der Gemeinden des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald nicht möglich. Die Prüfung wurde sowohl im Landratsamt Lörrach als auch vor Ort beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau i. Schw. durchgeführt. Die für die Prüfung benötigten Unterlagen und Informationen wurden uns von der Gemeinde bzw. vom Gemeindeverwaltungsverband zur Verfügung gestellt bzw. konnten vor Ort eingesehen werden. Für Fragen und für die Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Prüfung der Eröffnungsbilanz standen uns die zuständigen Mitarbeiter des Gemeindeverwaltungsverbands jederzeit zur Verfügung, sodass offene Sachverhalte jeweils kurzfristig zu klären waren.

Die Eröffnungsbilanz war daraufhin zu prüfen, ob das Vermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Rechnungsabgrenzungsposten nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften sowie den Vereinfachungsregelungen der GemHVO für die erstmalige Bewertung vollständig und richtig angesetzt worden sind (§§ 40 bis 46 und § 62 GemHVO). Insbesondere musste im Rahmen der Prüfung festgestellt werden, ob die erstmalige Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Sonderposten unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung korrekt erfolgt ist. Nach den Vorschriften der Gemeindeprüfungsordnung kann die Prüfung auf Stichproben und Schwerpunkte beschränkt werden. Davon musste bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz aufgrund des immensen Prüfungsaufwands und der nur beschränkt zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen Gebrauch gemacht werden; es wurde ein risikoorientierter Prüfungsansatz verfolgt. Die Auswahl der Schwerpunkte erfolgte anhand der wirtschaftlichen Bedeutung der Bilanzpositionen und ihrer Auswirkung auf nachfolgende Bilanzen. Die Stichproben wurden so verteilt, dass sie das Prüfungsgebiet repräsentativ abgebildet haben. Grundlagen der Prüfung waren die Vorschriften der GemO i. d. F. des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts, der GemHVO, der Gemeindekassenverordnung (GemKVO), der VwV Produkt- und Kontenrahmen sowie des Leitfadens zur Bilanzierung, Stand August 2014.

Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes unter Berücksichtigung von Prüfungsstrategie und Prüfungsziel wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Beurteilung des Prozesses für die Erstellung der Eröffnungsbilanz,
- Vollständige Erfassung des Sachvermögens,
- Angemessenheit von Nutzungsdauer und Abschreibungssätzen bei der Wertermittlung für die Eröffnungsbilanz,
- Bestand und Bewertung von Forderungen,
- Bestand und Bewertung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge,
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten.

## **II. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016**

### **4. Allgemeine Feststellungen**

Die uns zur Prüfung vorgelegte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016 ist ordnungsgemäß aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald entwickelt worden. Die gesetzlichen Vorschriften zum Ansatz und der Bewertung sind beachtet worden. Die Eröffnungsbilanz ist nach den Vorschriften der GemO und GemHVO einschließlich der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung aufgestellt. Die Eröffnungsbilanz ist vollständig und der Anhang enthält alle gem. § 53 GemHVO vorgeschriebenen Angaben.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände für die Übernahme in die Eröffnungsbilanz erfolgte auf Grundlage von § 62 GemHVO, das heißt, die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen nach § 46 GemHVO, anzusetzen.

Die Vermögensgegenstände dürfen auch mit Werten angesetzt werden, die vor dem Stichtag für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz in Anlagennachweisen nach § 38 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 7. Februar 1973 in der zuletzt geltenden Fassung oder in einer Vermögensrechnung nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Vermögensrechnung nach § 43 GemHVO vom 31. Oktober 2001 nachgewiesen sind.

Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald bestand seit dem Jahr 1994 eine Anlagenbuchhaltung, in der alle Vermögensgegenstände vollständig erfasst und ggf. auch abgeschrieben wurden. Gem. den Bestimmungen von § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO wurden die dort ausgewiesenen Restwerte der Vermögensgegenstände in die Eröffnungsbilanz übernommen. Ein Nachweis über die Migration der Altdaten in die Kommunale Doppik wurde uns vorgelegt. Die Übernahme der Werte der bisherigen Anlagenbuchhaltung ist zulässig, wenn die bisherigen Anlagennachweise keine offensichtlichen Fehler aufweisen. Hiervon kann wiederum ausgegangen werden, soweit es bei bisherigen überörtlichen Prüfungen zu keinen Beanstandungen gekommen ist.

Wo der Ansatz von tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und die Übernahme aus der bisherigen Anlagenbuchhaltung nicht möglich war, erfolgte eine Vermögensbewertung im Rahmen der Vereinfachungsregelungen von § 62 Abs. 2 ff. GemHVO auf Grundlage von Erfahrungs- oder Durchschnittswerten. Hierzu wurden vom Gemeindeverwaltungsverband Bewertungsrichtlinien erstellt, die von uns geprüft wurden. Im Rahmen eines zulässigen Ermessensspielraums des Gemeindeverwaltungsverbands und des Vorsichtsprinzips stellen die in den Bewertungsrichtlinien zu Grunde gelegten Wertansätze nach unserer Auffassung wirklichkeitsgetreue Werte im Sinne von § 43 GemHVO dar.

## **5. Feststellungen und Erläuterungen zur Aktivseite der Bilanz**

### **a. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Unter immateriellen Vermögensgegenständen werden alle werthaltigen, aber „unkörperlichen“ Vermögensgegenstände erfasst. Das sind z. B. Lizenzen oder Konzessionsrechte. Als immaterielle Vermögensgegenstände führt die Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald einen Betrag von 11.795,40 € auf. Hierbei handelt es sich um die zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig abgeschriebenen Software-Programme FRIEDA (Friedhofsverwaltung) mit einem Restbuchwert von 1.636,00 €, RIS (Ratsinformationssystem) mit einem Restbuchwert von 2.480,61 €, Digitaler Stadtplan mit einem Restbuchwert von 1.055,79 €, das Meldeschein-Abrechnungssystem für den Tourismus mit einem Restbuchwert von 6.605,00 € sowie Personal Communications Lizenzen mit einem Restbuchwert von 18,00 €. Die Werte wurden uns nachgewiesen. Der Gesamtbetrag von 11.795,40 € entspricht der entsprechenden Position in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015.

### **Sachvermögen**

Teilweise wurden von der Gemeinde Werte bereits vor Übernahme in die Eröffnungsbilanz korrigiert. Von uns wurde geprüft, ob der Wert „Sachvermögen“ in der Eröffnungsbilanz 2016 dem Wert „Sachanlagen“ in der Vermögensrechnung 2015 entspricht. Die Eröffnungsbilanz weist als Sachvermögen (ohne Vorräte) einen Betrag von 14.337.100,24 € aus, die Vermögensrechnung 2015 einen Betrag von 14.479.118,19 €, die Korrekturen vor Übernahme der Werte in die Eröffnungsbilanz 142.017,95 €. Unter Berücksichtigung der Korrekturen einschließlich der aktuell nachgewiesenen Ergänzung entspricht der Wert „Sachanlagen“ in der Vermögensrechnung 2015 dem Wert des „Sachvermögens“ in der Eröffnungsbilanz 2016.

### **b. Unbebaute Grundstücke**

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude befinden. Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald weist die Eröffnungsbilanz hier keine Werte aus.

### **c. Bebaute Grundstücke**

Bebaute Grundstücke sind solche, auf denen sich benutzbare Gebäude befinden. Für die bebauten Grundstücke ergibt sich in der Eröffnungsbilanz ein Gesamtwert von 4.635.939,41 €.

Bei den bebauten Grundstücken ist einerseits der Wert des Grundvermögens, andererseits der Gebäudewert zu berücksichtigen.

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald betreibt auf dem Grundstück Flst-Nr. 775 der Gemarkung der Stadt Schönau im Schwarzwald den Buchenbrand-Kindergarten, die Buchenbrand-Grundschule, die Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental sowie die Buchenbrand-Halle. Der Grundstückseigentümer von Grundstück Flst-Nr. 775 ist die Stadt Schönau im Schwarzwald. Somit werden beim Gemeindeverwaltungsverband lediglich die Gebäudekosten bilanziert. Als weiteres Gebäude bilanziert der Gemeindeverwaltungsverband die öffentliche Toilettenanlage bei der Talstation der Belchen-Seilbahn.

Bereits im Jahr 1994 wurde für den Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald eine Anlagenbuchhaltung eingeführt. Für alle genannten Gebäude konnten die tatsächlichen Herstellungskosten bereits in diese Anlagebuchhaltung übernommen werden. Weitere tatsächliche Kosten von Umbau-, Erweiterungs- und grundlegenden Sanierungsmaßnahmen an diesen Gebäuden wurden in der Folgezeit ebenfalls berücksichtigt und die Restwerte per 31.12.2015 gem. § 62 Abs. 1 GemHVO in die Eröffnungsbilanz übernommen.

Bei der Bewertung der kommunalen Gebäude wurden eventuelle Betriebsvorrichtungen nicht getrennt ausgewiesen. Gem. Bilanzierungsleitfaden 2014, Ziffer 2.1.1 kann abweichend von den steuerrechtlichen Grundsätzen im NKHR auf den getrennten Ausweis von Betriebsvorrichtungen verzichtet werden. In diesem Fall erfolgt die Aktivierung gemeinsam mit dem Gebäude bzw. Bauwerk. Die spätere Erneuerung einer solchen nicht separat bilanzierten Betriebsvorrichtung stellt jedoch dann Instandhaltungsaufwand des übergeordneten Vermögensgegenstandes (Gebäude, Bauwerk) dar.

#### **d. Infrastrukturvermögen**

Das Infrastrukturvermögen umfasst die Vermögenswerte, die dem öffentlichen Leben in der Kommune und der örtlichen Infrastruktur dienen (Grund und Boden sowie Aufbau). Hierzu zählen insbesondere Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie Friedhöfe. Es ergibt sich für die Eröffnungsbilanz ein Gesamtwert von 8.026.074,81 €.

Für das Prüfen der erfassten Straßengrundstücke wurde uns vom Fachbereich Vermessung & Geoinformation des Landratsamts Lörrach eine Liste aller Grundstücke, die als Eigentümer den Gemeindeverwaltungsverband ausweisen, zur Verfügung gestellt. Bei der Prüfung wurden verschiedene Straßengrundstücke festgestellt (Talstation Belchen-Seilbahn in Richtung Belchen/ehemalige Belchenstraße), die im Rahmen einer Herabstufung ins Eigentum des Gemeindeverwaltungsverbands übergegangen sind, die jedoch nicht in der Bilanz berücksichtigt wurden. Diese sind noch aufzunehmen. Da es sich um einen unentgeltlichen Erwerb handelt, ist gleichzeitig ein entsprechender Sonderposten zu bilden.

Für die Bewertung der Straßen müssen zunächst die einzelnen Anlagegüter definiert werden. Entweder wird eine komplette Straße oder es werden sinnvolle Straßenabschnitte einzeln bewertet. Bei der Erstbewertung kann von einer Trennung von Straße, Baukörper (z. B. Brücken oder Tunnel) und Straßenzubehör

(z. B. Begleitgrün, Beschilderung, Gehwege, Verkehrsinseln) verzichtet werden, wenn dies nicht mehr realistisch möglich ist.

Bei der Bewertung des Straßenkörpers wird keine Unterteilung der einzelnen Straßenschichten (Unterbau und Deckschicht) vorgenommen. Der Straßenkörper ist als ein Vermögensgegenstand anzusehen und einheitlich abzuschreiben. Für die Bewertung erfolgte eine Rückindizierung von Erfahrungswerten auf der Grundlage örtlicher Durchschnittswerte nach § 62 Abs. 4 Satz 1 GemHVO (Bilanzierungsleitfaden, Ziffer 3.2.6.2.2). Die Werte ergeben sich aus den vom Gemeindeverwaltungsverband erstellten Bewertungsrichtlinien.

Die Abwasserbeseitigung (Kläranlage und Sammler) war als kostenrechnende Einrichtung schon bisher vollständig erfasst und bewertet. Auch hier wurden gem. § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO die Werte der bisherigen Anlagebuchführung vollständig in die Eröffnungsbilanz übernommen.

Die stichprobenweise Prüfung der Bewertung des Infrastrukturvermögens hat den Bewertungsrichtlinien des Gemeindeverwaltungsverbands im Wesentlichen entsprochen. Im Rahmen der Prüfung haben sich in geringem Umfang Abweichungen ergeben. Auf die erstellte Tabelle wird verwiesen.

#### **e. Bauten auf fremden Grundstücken**

Bauten auf fremden Grundstücken stehen nicht auf einem im Eigentum des Gemeindeverwaltungsverbands befindlichen Grundstück. Ein Grundbucheintrag besteht insoweit nicht.

Vielmehr besteht ein vertragliches Verhältnis zwischen der Kommune und dem Grundstückseigentümer über die Nutzung des Grundstückes (z. B. in Form eines Miet- oder Pachtvertrages). Die fremden Grundstücke werden nicht beim Gemeindeverwaltungsverband bewertet, die Bauten darauf hingegen mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten berücksichtigt. Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald bilanziert unter dieser Position die Kosten des Um- und Ausbaus der Räume der Touristinformation Schönau in Höhe von 44.193,00 €, die vom Tourismusverband Bergwelt Südschwarzwald übernommen wurden. Diese Um- und Ausbaukosten wurden bereits bei der Tourismus GmbH als Investitionen bilanziert. Die Übernahme der Restbuchwerte durch den Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald kann somit anerkannt werden.

#### **f. Maschinen, Fahrzeuge, technische Anlagen**

Bei dieser Bilanzposition wurden entsprechend § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO ebenfalls die in den bisher geführten Anlagenachweisen enthaltenen Werte übernommen. Für die Eröffnungsbilanz ergibt sich ein Wert von 992.590,00 €. Auf die Anwendung der Vereinfachungsregelung des § 62 Abs. 1 Satz 3 GemHVO, wonach bei beweglichen Vermögensgegenständen von der Aufnahme in die Eröffnungsbilanz abgesehen werden kann, wenn deren Anschaffung länger als

sechs Jahre vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz liegt, wurde kein Gebrauch gemacht.

Das vollständige Erfassen der Vermögensgegenstände erfolgt durch eine Inventur gem. § 37 GemHVO. Es werden grundsätzlich zwei Inventurarten unterschieden. Die Grundform der Inventur ist die körperliche Inventur. Sie erfolgt durch Zählen, Messen und Wiegen aller körperlichen Vermögensgegenstände und deren anschließender Bewertung. Neben der körperlichen existiert als weitere Form der Inventur die Buch- oder Beleginventur. Diese Inventurform wird in der GemHVO nicht speziell geregelt, ihre Anwendbarkeit ist aber mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vereinbar, soweit die der Buchinventur zu Grunde liegenden Unterlagen den geforderten hohen Anforderungen an die Richtigkeit, Vollständigkeit und Nachprüfbarkeit genügen (Praxis der Kommunalverwaltung – Kommentar zur GemHVO).

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat sich bei der Eröffnungsbilanz grundsätzlich für die Buchinventur (Übernahme aus Anlagenachweisen) entschieden. In Einzelfällen erfolgte eine körperliche Inventur, z. B. bei beweglichen Vermögensgegenständen.

In der Folgezeit findet eine permanente Inventur statt. Bei der permanenten Inventur werden die Bestände sowie die Zu- und Abgänge nach Art und Menge buchmäßig durch laufende Aufzeichnung in einer Anlagenbuchhaltung fortgeschrieben. Die Anlagenbuchhaltung wird dann ebenfalls durch körperliche Inventur überprüft. Allerdings muss diese körperliche Inventur nicht zwingend zum Jahresabschlussstichtag erfolgen, die körperliche Überprüfung der Bestände kann verteilt über das gesamte Haushaltsjahr permanent vorgenommen werden.

Es ist geplant, alle 2 Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen und gegebenenfalls die Anlagenbuchhaltung zu aktualisieren. Zum Zeitpunkt der Prüfung wurde noch keine körperliche Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz haben wir stichprobenweise die Werte der vorhandenen Anlagenachweise sowie die Abschreibungen kontrolliert. Bei den Stichproben wurden insbesondere Gegenstände mit höherem Wert berücksichtigt. Es gab keine Abweichungen.

#### **g. Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände der Büros (Büromöbel, PC, Drucker), Werkstätten (Werkzeuge ohne Werkzeugmaschinen), Schulen, Kindergärten (Pulte) usw. Die Eröffnungsbilanz weist für Betriebs- und Geschäftsausstattung einen Betrag von 350.451,00 € aus.

Gemeinden bzw. Gemeindeverwaltungsverbände verfügen im Vergleich zur Privatwirtschaft über einen überdurchschnittlich hohen Bestand an beweglichen Gegenständen des Sachvermögens, die aufwendig zu erfassen, aber regelmäßig nur gering werthaltig sind. Beispiele hierfür sind die Ausstattungsgegenstände von Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen oder den Verwaltungsgebäuden. Daher sieht die GemHVO in § 38 Abs. 4 für die Erfassung von beweglichen Ver-



mögensgegenständen eine Vereinfachungsregel vor, nach der der Bürgermeister für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 € ohne Umsatzsteuer Befreiungen von der Inventurpflicht vorsehen kann. Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat von dieser Möglichkeit nur insoweit Gebrauch gemacht, als eine Geringwertigkeitsgrenze von 410,00 € netto (wie nach bisherigem Recht) festgelegt wurde. Alle Anschaffungen über dieser Wertgrenze werden aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Alle Anschaffungen unter dieser Wertgrenze werden als Aufwand in der Ergebnisrechnung verbucht. Auch bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gem. § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO die Werte der bisherigen Anlagenachweise per 31.12.2015 übernommen.

In Bezug auf die Übernahme der Vermögenswerte aus den Anlagenachweisen, das angewandte Inventurverfahren und unsere durchgeführten Prüfungen kann auf die Ausführungen unter Ziffer II. 5. f. verwiesen werden. Auch hier gab es keine Beanstandung.

#### **h. Vorräte**

Vorräte sind Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die im Regelfall zum kurzfristigen Verbrauch oder zur Weiterveräußerung angeschafft oder hergestellt wurden. Vorräte werden verbraucht und sie sind nicht abnutzbar. Sie sind daher nicht planmäßig abzuschreiben (vgl. § 46 Abs. 1 GemHVO). Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Dabei ist jedoch individuell und nach örtlichen Verhältnissen der Grundsatz der Wesentlichkeit zu berücksichtigen.

Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald beinhaltet die Bilanzposition Warenvorräte der Verbandskasse und der Tourist-Information (z. B. Bücher, Müllsäcke, Karten) mit einem Bilanzwert von insgesamt 7.297,62 €. Der Bilanzwert wurde nach dem Gesamt-Verkaufspreis ermittelt.

#### **i. Anlagen im Bau**

Bei Anlagen im Bau handelt es sich um Vermögensgegenstände des Sach(anlage)vermögens, die sich in der Herstellungsphase befinden und für die zum Abschlusstichtag schon Aufwendungen entstanden sind, ohne dass sie fertig gestellt sind. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Anlagen im Bau um zu errichtende Gebäude, Straßen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen. Nach der Fertigstellung des Vermögensgegenstandes erfolgt eine Umbuchung von der Anlage im Bau auf das entsprechende Bilanzkonto des Sach(anlage)vermögens.

Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald ist hier ein Wert von 287.852,02 € ausgewiesen. Die betroffenen Maßnahmen ergeben sich aus der Darstellung in der Eröffnungsbilanz.

#### **j. Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen**

Sonstige Beteiligungen sind nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesen Unternehmen herzustellen. Es wird aber, im Gegensatz zu Anteilen an verbundenen Unternehmen, kein beherrschender Einfluss auf das Unternehmen ausgeübt. Die Eröffnungsbilanz weist einen Bilanzwert von 550,00 € aus und entspricht der Beteiligung des Gemeindeverwaltungsverbands am Badischen Gemeindeversicherungsverband Karlsruhe (BGV). Dieser Betrag entspricht NICHT der Position „Eigen- und Beteiligungsgesellschaften“ (24.050,00 €) der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015. Hier wurde zusätzlich zum BGV (550,00 €) noch die Beteiligung an der Bergwelt Südschwarzwald bilanziert (23.500,00 €). Da diese Beteiligungen an der Bergwelt Südschwarzwald mit Einzelbeträgen bereits bei den Gemeinden bilanziert sind, waren sie für die Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau i. Schw. nicht zu berücksichtigen. Gleiches gilt für die entsprechenden Sonderposten in gleicher Höhe. Auf die erläuternde Mail des Gemeindeverwaltungsverbands vom 17.05.2018 wird verwiesen.

#### **k. Wertpapiere und sonstige Einlagen**

Als Wertpapiere werden Urkunden bezeichnet, die Vermögensrechte so verbriefen, dass deren Ausübung an den Besitz des Papiers geknüpft ist.

Zu den Wertpapieren zählen nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg auch sonstige Einlagen wie z. B. mittelfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten in Form von Festgeldern, Spareinlagen, Sparbücher, Sparbriefe und Ähnliches. Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald bilanziert unter dieser Position zwei Sparzertifikate bei der Sparkasse Schönau-Todtnau mit Werten von 142.476,37 € und 61.061,31 €, ein Sparbuch mit einem Wert von 27.832,01 € sowie einen nicht sofort verfügbaren Girokontobestand auf einem separaten Girokonto von 430.000 €. Der bilanzielle Wert beträgt somit 661.369,69 € und entspricht dem in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 per 31.12.2015 als Geldanlagen (Sonderrücklage Gemeindeverbindungsstraßen) ausgewiesenen Betrag und wurde durch entsprechende Bankbelege nachgewiesen.

Der Girokontobestand von 430.000,00 € ist allerdings unzutreffend dargestellt, da hier schon eine Gutschrift vom 13.01.2016 von 7,50 € berücksichtigt wurde. Zutreffend wäre hier ein Gesamtbetrag von 429.992,50 € gewesen.

#### **l. Forderungen**

- Öffentlich-rechtlich

Hier handelt es sich um eine kommunalspezifische Bilanzposition in Folge des öffentlich-rechtlichen Charakters der Gebietskörperschaft Kommune. Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wird nach Gebühren, Beiträgen, Steuern

und ähnliche Abgaben unterschieden. An öffentlich-rechtlichen Forderungen wird ein Betrag von 34.005,10 € ausgewiesen.

- **Privatrechtlich**

Einer privatrechtlichen Forderung liegt ein Schuldverhältnis auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis zu Grunde (s. § 241 BGB). Im Regelfall ist die privatrechtliche Forderung der Gegenwert für eine erbrachte Leistung oder Lieferung. Hier weist die Bilanz einen Betrag von 15.425,59 € aus. Es handelt sich hier um eine Umsatzsteuer(rück)forderung gegenüber dem Finanzamt aus einer Lieferantenrechnung für einen BgA.

Der Gesamtwert der Forderungen der Eröffnungsbilanz beträgt somit 49.430,69 €. Hierin berücksichtigt ist eine Umgliederung negativer Verbindlichkeiten/Forderungen in Höhe von 38.230,22 €, da beim NKHR keine Negativwerte dargestellt werden dürfen. Im kameralen Haushaltsrecht war dies noch unerheblich. Die Abstimmung von Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz erfolgt deshalb ohne diesen Umgliederungsbetrag (siehe auch Abgleich der „Sonstigen Verbindlichkeiten“ und „Passiven Rechnungsabgrenzungsposten“). Ohne das Berücksichtigen dieser Umgliederung belaufen sich die öffentlich-rechtlichen Forderungen auf - 4.225,12 €, die privatrechtlichen Forderungen auf 15.425,59 € und der Gesamtbetrag auf 11.200,47 €. Dieser Betrag entspricht auch dem auf der Aktivseite der Vermögensrechnung als Kasseneinnahmerest dargestellten Gesamtbetrag von 11.200,80 € abzüglich des dort ausgewiesenen Kasseneinnahmerestes ShV von 0,33 €. Die Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in Einzelpositionen ergibt sich aus dem kameralen Jahresabschluss 2015 und aus der von der Gemeinde hierzu erstellten Zusammenstellung, die uns im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz vorgelegt wurde.

Im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens wurden vom Gemeindeverwaltungsverband alle offenen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Forderungen, deren Werthaltigkeit als gering eingestuft wurde, sind nach Beschluss durch die Verbandsversammlung ausgebucht worden. Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald wurde die sog. Einzelwertberichtigung angewandt. Danach wird der jeweilige Wert der Forderung entsprechend bereinigt, wenn Anhaltspunkte vorliegen, nach denen der Zahlungseingang ungewiss ist oder ganz oder teilweise ein Zahlungsausfall droht. Nach Überprüfung der Liste mit den offenen Forderungen kann davon ausgegangen werden, dass alle darin enthaltenen Forderungen werthaltig sind. Die Höhe der offenen Forderungen (Liste Altverfahren) entspricht dem Wert in der Eröffnungsbilanz.

Die Notwendigkeit für Pauschalwertberichtigungen liegt aufgrund der geringen Gesamtzahl der Einzelfälle nicht vor.

#### **m. Liquide Mittel**

Nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg zählen dazu Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten sowie der Kassenbestand

[Bargeld (Barkassenbestand, vgl. § 22 Abs. 1 GemHVO)]. Es handelt sich bei den liquiden Mitteln somit um jederzeit verfügbare Mittel der Gemeinde. Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald war zum Bilanzstichtag ein Bestand von 200.000 € auf einem Tagesgeldkonto bei der Sparkasse Schönau-Todtnau (Position „Einlagen bei Kreditinstituten“ bei der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015) sowie ein Betrag von 76.277,35 € als Bestand auf dem Girokonto und ein Bargeldbestand von 4.516,61 € (Gesamtbetrag 80.793,96 € unter der Position „Kassenbestand“ bei der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015) ausgewiesen, was zu einem Gesamtbetrag an liquiden Mitteln von 280.793,96 € führt.

## **6. Feststellungen und Erläuterungen zur Passivseite der Bilanz**

### **n. Rücklagen**

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald weist hier als „Zweckgebundene Rücklage“ einen Betrag von 661.369,69 € aus. Im NKHR stellt die Rücklage einen Bestandteil der Kapitalposition (Eigenkapital) dar. Die Rücklagen werden aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses gebildet, sodass in der Eröffnungsbilanz regelmäßig keine Rücklagen vorhanden sind.

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat in Absprache mit uns die in der Vergangenheit nicht vollständig benötigten und angesammelten Mittel des Straßenlastenausgleichs für Gemeindeverbindungsstraßen in eine zweckgebundene Rücklage überführt, die intern genau auf die einzelnen Verbandsgemeinden aufgeteilt ist. Die Verwendung der Rücklagen erfolgt, sobald entsprechende Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen bei den Gemeindeverbindungsstraßen anfallen. Der Gesamtbetrag entspricht der Position „Wertpapiere und sonstige Einlagen“ auf der Aktivseite der Eröffnungsbilanz.

### **o. Sonderposten**

In § 52 Abs. 4 Nr. 2 GemHVO werden drei Arten von Sonderposten unterschieden:

- Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen,
- Sonderposten für (erhaltene) Investitionsbeiträge,
- Sonderposten für Sonstiges.

Bei Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen handelt es sich um Zuschüsse für die Finanzierung von Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen. Bei den Sonderposten aus Investitionsbeiträgen handelt es sich um Anschluss- und Erschließungsbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG), die die Gemeinde von den Grundstückseigentümern für die Herstel-

lung dieser Erschließungsanlagen erhält. Zu den sonstigen Sonderposten gehören alle Vorgänge im Zusammenhang mit unentgeltlichem Erwerb einschließlich Geldspenden mit investivem Verwendungszweck.

Gem. § 40 Abs. 4 Satz 2 GemHVO sollen empfangene Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen und entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer des entsprechenden Anlageguts aufgelöst werden.

Zuweisungen und Zuschüsse werden in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 mit einem Betrag von insgesamt 8.876.218,48 € ausgewiesen. Der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Betrag für die Sonderposten für Investitionszuweisungen beträgt 8.822.790,48 €. Somit ergibt sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 53.428,00 €. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- Sonderposten für Sonstiges (in der Eröffnungsbilanz separat ausgewiesen) = 24.849,00 €
- Sonderposten für die Geschäftsanteile an der ehemaligen Tourismus GmbH Bergwelt Südschwarzwald = 23.500,00 € (siehe Ziffer j.)
- Sonderposten für Zuschüsse zu den Kläranlagen Tunau, Wieden und Böllen = 9.847,00 € (keine Übernahme nach NKHR)
- Sonderposten der Kirchspielgemeinde = 4.768,00 € (neu in NKHR).

Auch hier wird auf die erläuternde Mail des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau i. Schw. vom 17.05.2018 und die schon vorab erhaltene Korrekturliste verwiesen.

Bei der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 wird auf der Passivseite als Summe der Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz ein Betrag von 1.003.191,00 € ausgewiesen. Diese Summe entspricht dem in die Eröffnungsbilanz übernommenen Betrag für Sonderposten für Investitionsbeiträge.

Im Übrigen wurde die Richtigkeit der noch vorhandenen Restbeträge von Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträgen in Stichproben geprüft und kann bestätigt werden.

Bei der Abwasserbeseitigung werden die Anlagegüter mit einem einheitlichen Abschreibungssatz von 2,5% abgeschrieben, der weitestgehend dem gewichteten Durchschnitt sämtlicher Anlagegüter der Abwasserbeseitigung entspricht. Die Auflösungssätze von Zuschüssen und Beiträgen entsprechen diesem Abschreibungssatz.

Der bilanzielle Wert der „Sonderposten für Sonstiges“ (insbesondere Spenden) konnte während der Prüfung durch entsprechende Auszüge aus dem Anlagengüter belegt werden.

#### **p. Verbindlichkeiten**

- Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Mit Verbindlichkeiten aus Krediten sind sämtliche der Kommune von Dritten zur Verfügung gestellten Finanzmittel gemeint, die zurückbezahlt werden müssen. Kredite sind in Höhe des Rückzahlungsbetrages zu passivieren.

Die Kreditverbindlichkeiten der Eröffnungsbilanz in Höhe von 2.497.141,31 € entsprechen den Kontoauszügen der Kreditinstitute per 31.12.2015 sowie der entsprechenden Position der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015.

- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zählen die Verpflichtungen aus gegenseitigen Verträgen (z. B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Dienstleistungsverträge), die vom Vertragspartner, aber noch nicht von der bilanzierenden Kommune erfüllt worden sind (Rechnung von der Kommune noch nicht bezahlt). Solche sind beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald nicht ausgewiesen.

- Sonstige Verbindlichkeiten

Unter die sonstigen Verbindlichkeiten fallen jene, die keinem der vorgegebenen Verbindlichkeitsposten zugeordnet werden können. Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald ist dies eine Zahllast gegenüber dem Finanzamt aus der Umsatzsteuer-Voranmeldung für Dezember 2015 über 5.445,38 € sowie eine Verbindlichkeit aus Umgliederung einer negativen Forderung von 38.230,22 €. Insgesamt ergibt sich also ein Gesamtbetrag von 43.675,60 €.

#### **q. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hierunter fallen Einnahmen, die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr zugeflossen, aber zum Teil oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind. Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald handelt es sich insbesondere um Grabnutzungsgebühren von insgesamt 241.432,59 €, die für die gesamte Nutzungszeit erhoben wurden und somit anteilig auf die einzelnen Jahre der Nutzungsdauer zu verteilen sind.

Im Rahmen der kameralen Haushaltsführung war eine Rechnungsabgrenzung nicht erforderlich. Nach Umstellung auf das NKHR empfiehlt der Bilanzierungsleitfaden unter Ziffer 4.5, für den laufenden Betrieb pro Grabart und entsprechender Liegedauer eine separate Berechnung des jährlichen Rechnungsabgrenzungspostens anhand der tatsächlichen Einzahlungen (Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzip) durchzuführen (eventuell über eine Nebenrechnung). Die Verbuchung kann anschließend in Summe vorgenommen werden.

Beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald werden sämtliche Grabnutzungsgebühren in einer EXCEL-Datei auf die jeweilige Nutzungsdauer verteilt. Aus dieser Datei ergibt sich, dass auch die sich ergebenden Änderungen wie z. B. Verlängerungen, Nachkauf u. ä. berücksichtigt werden. Die Rechtmäßigkeit der Gebührenkalkulation war nicht Teil der Prüfung.

Weiterhin fallen beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald unter diese Bilanzposition Spenden für konkrete konsumtive Zwecke und spendenähnliche Erträge bis zu deren späteren Verwendung.

Der Gesamt-Bilanzwert der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten beträgt 261.914,41 €.

### **Abgleich der Verbindlichkeiten und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten mit der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015**

Für einen Abgleich der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015 ist es erforderlich, die Positionen „Sonstige Verbindlichkeiten“ und „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ der Eröffnungsbilanz gemeinsam zu betrachten. Diese beiden Positionen ergeben eine Gesamtsumme von 305.590,01 €. Hierbei ist, wie beim Abgleich der Forderungen, der Betrag aus der Umgliederung (siehe Ziffer I.) unberücksichtigt zu lassen sowie der Kasseneinnahmerest ShV von 0,33 € abzuziehen. Es verbleibt ein Restbetrag von 267.360,12 €. Dieser Betrag entspricht dem in der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015 als Kassenausgabereist ausgewiesenen Betrag von 260.867,86 € zuzüglich der „Sonderrücklage für Grabpflegearbeiten“ von 6.492,26 €. Die Aufschlüsselung des Gesamtbetrages in Einzelpositionen ergibt sich aus dem kameralen Jahresabschluss 2015 und aus der von der Gemeinde hierzu erstellten Zusammenstellung, die uns im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz vorgelegt wurde.

### **III. Gesamturteil**

Unsere Prüfung der Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald hat einen positiven Gesamteindruck vermittelt. Das Erheben der Daten sowie die Bewertung zeigen ein hohes Maß an Fachkenntnissen. Die in den Bewertungsrichtlinien des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald dargestellten Wertansätze wurden nachvollziehbar begründet.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt. Zusammenfassend und in Gesamtwürdigung aller geprüfter Sachverhalte und Unterlagen sind wir der Überzeugung, dass die Eröffnungsbilanz des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald zum 01.01.2016 nebst Anhang ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Lage des Verbands vermittelt.

Es ergibt sich nur geringfügiger Berichtigungsbedarf für die Eröffnungsbilanz gem. § 63  
GemHVO im Bereich „Infrastrukturvermögen“.

Senn



Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald

## **Sitzungsvorlage**

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 19. Juli 2018

### **TOP 10: Annahme von Spenden**

#### **Sachverhalt:**

Für die Buchenbrandgrundschule ist eine Spende im Wert von 1.212,00 € und für den Buchenbrandkindergarten eine Spende im Wert von 200,00 € (Anlage 1) geflossen. Außerdem ist für den Kindergarten eine weitere Spende von 100,00 € (Anlage 3) eingegangen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Spenden für die Buchenbrandgrundschule und den Buchenbrandkindergarten in Höhe von insgesamt 1.512,00 € werden angenommen.

Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald, den 28. Juni 2018

Schäuble